



Foto: toa555 / Adobe Stock

Eigenanteile bei Pflegebedürftigkeit sind stark gestiegen. Das ist nicht nur unfair, sondern kann Betroffene zu „Sozialfällen“ machen.

Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten – SoVD für solidarische Vollversicherung

Pflege endlich gerecht finanzieren

Im Pflegefall kann es teuer werden. Steigende Kosten müssen die rund 3,4 Millionen Pflegebedürftigen selbst tragen, denn ob stationär oder ambulant: Die Pflegeversicherung deckt nicht alle Leistungen ab. Diese „Teilkasko“ ist für viele ein Armutsrisiko – aus SoVD-Sicht unhaltbar. Bereits lange sichtbar sind außerdem die strukturellen Probleme in der Pflege. Bei der Versorgung und ihrer Finanzierung ist dringend eine umfassende Reform nötig.

In einem breiten Zusammenschluss engagiert sich der SoVD deshalb für bessere Bedingungen und eine andere Pflegeversicherung. Das „Bündnis für Gute Pflege“ aus 23 Verbänden und Organisationen sowie 14 Unterstützern, die rund 13,6 Millionen Menschen vertreten, stellte einen Forderungskatalog auf.

Neben mehr Personal und dessen besserer Bezahlung will es einen Systemwechsel in der Finanzierung: hin zu einer gerechten, solidarischen, pa-

ritätischen und nachhaltigen Versicherung, die alle pflegebedingten Kosten deckt.

Das Bündnis fordert unter anderem, „versicherungsfremde“ Leistungen mit Steuern zu finanzieren, medizinische Behandlungspflege in Heimen statt Pflegekasse zu bezahlen und den Pflegevorsorgefonds aufzulösen, damit er in die Versicherung fließt. Zudem seien die Leistungen entlang der Lohnentwicklung zu dyna-

misieren. Eigenanteile der Pflegebedürftigen seien kurzfristig zu begrenzen.

Dass in der Pflege Änderungsbedarf besteht, landete in den letzten Monaten stärker auf den Tagesordnungen, weil das ganze Gesundheitssystem in der Coronavirus-Pandemie viel Aufmerksamkeit bekommt. Mängel, Grenzen und Gefahren – auch soziale – werden sichtbar.

So befasst sich das Bundesgesundheitsministerium (BMG)

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Unabhängig und mobil bleiben - auch nach einem Unfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe- und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746925 (gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verursachen mehr als 50 Prozent der gesamten Kohlendioxid-Emissionen weltweit; das reichste ein Prozent mehr als doppelt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Das besagt eine Studie, die die Entwicklungsorganisation Oxfam kurz vor der 75. UN-Vollversammlung veröffentlicht hat. Die Daten basieren auf den klimapolitisch wichtigen Jahren 1990 bis 2015. Für das Ergebnis macht Oxfam eine Politik verantwortlich, die „auf Konsumanreize setzt, immerwährendes

Wachstum verspricht und die Welt ökonomisch in Gewinner und Verlierer spaltet.“ Der Appell, den die Organisation damit verbindet – nämlich, Klima- und Ungleichheitskrise zusammenzulösen –, entspricht exakt den Forderungen, die wir im SoVD vor knapp einem Jahr gemeinsam mit anderen erhoben haben. Auch wir sind überzeugt, dass die komplexe Aufgabe Klimawandel nur als sozial-ökologische Wende gelingen kann. Soziales und Klimaschutz dürfen sich nicht ausschließen – weder bei den Energiekosten noch beim

Wohnen, beim Kauf nachhaltiger Produkte oder in der Frage von Mobilität. Bislang tragen jedoch gerade Geringverdienende überproportional an den Kosten für Klimaschutzmaßnahmen: Höhere Strompreise etwa belasten ärmere Haushalte viel stärker als wohlhabende. Das kann nicht funktionieren! Die klimapolitischen Herausforderungen könnten eine Chance sein, die Idee sozialer Gerechtigkeit stärker ins Zentrum zu stellen – hierzulande, europaweit und global.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

SoVD-Zeitung jetzt auch als E-Paper

„Soziales im Blick“ testweise zusätzlich zur Printzeitung

Seite 3



Helfer auf vier Pfoten

Assistenzhunde geben mehr Teilhabemöglichkeit

Seite 5



Armut europäisch bekämpfen

Digitale Veranstaltung von SoVD und AWO

Seite 4



Mitgliederbefragung

Körbeweise Post und große Beteiligung auch online

Seite 4

[sovde.de/mitgliederbefragung](https://www.sovd.de/mitgliederbefragung)



Antworten Sie auch online noch bis zum 30.9.!

An der Uni in Zeiten von Corona

Studierende mit Handicap

Seite 9



Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten beenden – SoVD für solidarische Vollversicherung

Pflege endlich gerecht finanzieren

Fortsetzung von Seite 1

endlich verstärkt damit, dass es in Kliniken, Praxen, Heimen, ambulanten Diensten und bei Pflegebedürftigen etliche Problemlagen gibt. Auf viele weist der SoVD schon lange hin.

Eine einmalige „Corona-Prämie“ für Pflegekräfte, die nicht einmal alle erhalten, ändert an deren Situation im Grundsatz wenig. Auch dieser Bonus wird im Übrigen großteils über die belastete Pflegeversicherung finanziert – mit bis zu 1.000 Euro, bis 1.500 Euro sollen Länderzuschüsse ermöglichen.

Pflegebedarf als Armutsrisiko – echte Reform überfällig

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat viele Pakete und Gesetze im gesamten Gesundheitsbereich zugesagt oder Entwürfe vorgestellt. Was in der laufenden Legislatur noch wirklich kommt, muss sich zeigen.

Eigentlich stand dabei ebenfalls ein Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung auf der Agenda: Das hatte Spahn im Januar für die Jahresmitte angekündigt, verschob dann aber die Diskussion auf den Herbst. In der Debatte soll es auch um neue Finanzlöcher durch die Corona-Krise gehen, also um „Machbarkeit“. Ein Gesetzentwurf liegt noch nicht vor.

Zu befürchten ist, dass dieser nur ein kleiner Wurf wird. Keine Lösung kann es nach Überzeu-

gung des SoVD etwa sein, allein die private Pflegeversicherung zu stärken.

Aus Verbandssicht ist eine echte Reform fällig, die nicht „nach Kassenlage“ aufschiebbar ist. Dafür gibt es mehr Gründe als den von der Politik benannten, dass bald die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegebedürftigkeitsalter kommen. Schon jetzt wachsen Bedarf und Kosten, schon jetzt ist die Finanzierung schwierig; und es sind die Pflegebedürftigen, die das besonders trifft.

Durch steigende Eigenanteile führt Pflegebedarf oft zu prekären Lagen. Denn die Pflegekasse bezahlt nur eine Pauschale, je nach Pflegegrad. Ambulant ist der tatsächliche Bedarf besonders schwer zu beziffern. Viele Tätigkeiten erbringen auch bei Hilfe durch Pflegedienste nicht diese, sondern Angehörige oder gar die Pflegebedürftigen selbst, notgedrungen, so gut wie möglich – und ohne Vergütung.

Heimbewohnende zahlen über 2.000 Euro im Monat

Ob Heim oder daheim: Alles über den Festbetrag hinaus zahlen die Versicherten selbst. Ihr Eigenanteil in Heimen liegt inzwischen im Bundesdurchschnitt bei 2.015 Euro im Monat. Davon sind 786 Euro für die eigentliche Pflege, 455 Euro für Investitionskosten der Heime und der Rest für Unterkunft und Ver-



Foto: Photographeeu / Adobe Stock

Die tatsächlichen Kosten und Leistungen im Fall von häuslicher Pflege lassen sich kaum korrekt beziffern – oft übernehmen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen trotz Pflegedienst vieles selbst.

pflegung. „Selbst mit einer auskömmlichen Rente ist dies nicht mehr zu bewältigen“, sagt dazu SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Die Durchschnittsrente betrug 2019 laut Deutscher Rentenversicherung über alle Rentenarten hinweg 954 Euro. Viele liegen weit darunter. Jede*r dritte Heimbewohnende bezieht Sozialhilfe.

„Eine qualitativ hochwertige und am Bedarf orientierte Pflege setzt eine deutlich bessere Personalausstattung in der stationären und ambulanten Altenpflege voraus sowie eine angemessene tarifliche Bezahlung“, so Bauer weiter. „Die damit verbundenen Kostensteigerungen dürfen jedoch nicht einseitig zulasten der Betroffenen gehen.“

Hier besteht dringender Reformbedarf, denn Pflege geht alle an.“

SoVD für Vollversicherung: gerecht, solidarisch, nachhaltig

Pflege ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Ihre Finanzierung muss daher aus SoVD-Sicht zukunftssicher, solidarisch und fair sein. Lösbar wäre das nur durch den nachhaltigen Umbau der Pflegeversicherung.

Hierzu kursieren verschiedene Modelle – etwa, die Eigenanteile zu deckeln. Populär ist der „Sockel-Spitze-Tausch“. Er kehrt das aktuelle Modell um: Pflegebedürftige würden einen Festbetrag zahlen, alles darüber übernehme die Kasse.

Der SoVD tritt für eine Bürger-

Vollversicherung in der Pflege ein. Damit entfielen Eigenanteile langfristig ganz. Alle Bevölkerungsgruppen sollten solidarisch einzahlen, auch Beamte und Selbstständige. Die Beiträge im Berufsleben wären paritätisch zu übernehmen, sie würden vermutlich nur gering steigen. Dafür könnte die Versicherung alle pflegebedingten Leistungen abdecken. Investitionskosten sollen endlich, wie bei Einführung der Pflegeversicherung 1995 geplant, die Länder tragen, statt sie auf die Heimbewohnenden abzuschieben. Diesen blieben dann noch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung – die sie auch ohne Pflegebedarf hätten.

Eva Lebenheim

Steigender Pflegebedarf

Steigt der Bedarf, steigen die Kosten. Das gilt für Pflegebedürftige wie für das ganze Pflegesystem. Dass das ohne Reformen auf den Kollaps zusteuert, betonen neben dem SoVD auch viele Forscher, darunter Gesundheitsökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang (Universität Bremen). Auch er hält eine neue Finanzierung für unabdingbar: Vor allem in der Altenpflege seien mehr Personal und bessere Löhne nötig – doch gebe es beides, trügen im jetzigen System die Mehrkosten großteils die Pflegebedürftigen.

Im Februar veröffentlichte Rothgang ein Gutachten diverser Forschungseinrichtungen zur Personalbemessung in Langzeitpflege-Einrichtungen. Demnach fehlen bundesweit 36 Prozent Pflegekräfte, etwa 120.000 in der vollstationären Pflege.

Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie nicht genug gestärkt – hohe Dunkelziffer

Pflegende Angehörige kommen zu kurz

Nicht nur die berufliche Pflege braucht aus SoVD-Sicht Unterstützung. Oft vergessen wird eine riesige Gruppe: pflegende Angehörige. Denn wohnen Pflegebedürftige zu Hause statt im Heim, sind ambulante Dienste nicht die einzige Hilfe. Viele Familienmitglieder übernehmen die Versorgung – ganz oder zum Teil, indem sie die Tätigkeiten des Pflegedienstes ergänzen. Doch drohen ihnen dadurch Nachteile.

Rund drei Viertel der 3,41 Millionen anerkannt Pflegebedürftigen werden laut Statistischem Bundesamt zu Hause versorgt: ungefähr 2,6 Millionen Menschen. Bei den meisten (1,76 Millionen, letzte Zahlen von 2017) tragen allein Angehörige die Pflege-Verantwortung.

Zudem liegt die wahre Zahl vermutlich höher. Das gilt vor allem, wenn das mitzählt, was nur die Familie übernimmt und was als Pflegeleistung definierbar, aber nicht erfasst ist. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) betrüge die „Dunkelziffer“ bis zu 4,6 Millionen Hilfsbedürftige nur bei Sorgearbeit zu Hause. Viele Angehörige pflegen unvergütet.

Der SoVD nimmt die aktuellen Pflegedebatten zum Anlass, erneut hierauf hinzuweisen: Es



Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Private Pflege kann das Berufsleben stören und die ganze Familie belasten – egal, ob man Ältere versorgt oder ein Kind mit Pflegebedarf.

drohen auch berufliche und damit Renten-Einbußen. In 70 Prozent treffen sie Frauen. Sie pflegen im Durchschnitt 21 Stunden

pro Woche unbezahlt. Diese Zahlen hatte ein Gutachten ergeben, mit dem der SoVD vor einem Jahr vor „Altersarmut von Frauen

durch häusliche Pflege“ warnte (*erhältlich auf www.sovd.de*). Der Verband meint: Pflege muss für alle mit dem Beruf vereinbar sein – und mit dem Familienleben. Denn auch das leidet oft.

Ein Jahr später hat sich seitens der Politik wenig getan. Dabei war der Stellenwert häuslicher Sorgearbeit im Corona-Lockdown allzu deutlich. Forderungen nach ausgeweiteten Lohnersatzleistungen wurden nicht umgesetzt. Immerhin gab es vom Familienministerium Krisen-Akuthilfen wie einen einfacheren Zugang zur Familienpflegezeit und doppelt so lange Pflegeunterstützungsgeld (20 statt 10 Tage). Doch die Regelungen gelten nur coronabedingt und sind zeitlich begrenzt – das hilft den dauerhaft Pflegenden nicht. Eva Lebenheim

„Soziales im Blick“ kann in einer Testphase zusätzlich zur Printausgabe bezogen werden

So funktioniert die Anmeldung

SoVD-Zeitung jetzt auch als E-Paper

Als ältester deutscher Sozialverband sind wir „aus Tradition modern“. Auch im Bereich der Verbandsmedien setzen wir auf Bewährtes und gehen gleichzeitig konsequent neue Wege, um dem Anspruch zeitgemäßer Kommunikation gerecht zu werden. Unser Ziel ist die sinnvolle Vernetzung herkömmlicher und moderner Informationskanäle, sodass die breit und unterschiedlich gestreuten Bedürfnisse aller Mitglieder wahrgenommen und berücksichtigt werden können. Ab Dezember können wir unseren Mitgliedern die Zeitung auch als E-Paper zustellen.

Vor einem Jahr befragten wir Sie als Mitglieder zu Ihrer Meinung zur SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“. Ein Teil der Befragung zielte darauf, wie Sie die Mitgliederzeitung erhalten möchten: weiterhin auf gedrucktem Papier und/oder als digitale Variante?

Zeitung als wichtiges Bindeglied – Print und online

Sehr deutlich zeigten Sie uns zunächst mit Ihren Antworten, dass Ihnen der Bezug der SoVD-Zeitung wichtig ist und dass diese in unserem Verband auch gegenwärtig ein wichtiges Bindungsorgan zwischen allen Gliederungen und Mitgliedern darstellt.

Unsere Mitgliederzeitung ist das einzige SoVD-Produkt, das jede*n von Ihnen auf direktem Wege und ohne jedes Zutun zu Hause erreicht. So halten wir Sie informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Sozialpolitik, im Sozialrecht, über die verbandspolitischen Aktivitäten des SoVD und über das Leben in Ihrem Landes-, Kreis- und Ortsverband. Und laut Satzung ist es Ihr gutes Recht, auf dem Laufenden zu sein und Einblick zu erhalten.



Foto: Redaktion

Das E-Paper kann am Bildschirm, aber auch am Tablet oder Smartphone gelesen werden.

Was ergab die große Leser*innenumfrage 2019 darüber hinaus? Ein Blick zurück: Während die große Mehrheit (85 Prozent) auch weiterhin die Zeitung als Papier in der Hand halten möchte, zeigte immerhin jede*r Vierte der Antwortenden (25 Prozent) Interesse an einem digitalen Bezug von „Soziales im Blick“. Von den 25 Prozent zeigten zehn Prozent Interesse an einem ergänzenden Bezug; 15 Prozent konnten sich vorstellen,

die SoVD-Zeitung alternativ, also ausschließlich, digital zu lesen. Aus diesen Wünschen entstand für uns der Auftrag „E-Paper“.

E-Paper wird in Testphase ergänzend zugestellt

Heute – ein Jahr später – können wir Ihnen nun die Möglichkeit bieten, die Zeitung in einer Testphase zunächst ergänzend zur gedruckten Form online zu beziehen. Beginnend mit der Dezember-Ausgabe stellen wie

bei Interesse die SoVD-Zeitung ein halbes Jahr als E-Paper zu.

E-Paper als Vertriebsvariante der SoVD-Zeitung

Das E-Paper bildet 1:1 die SoVD-Mitgliederzeitung ab. Es handelt sich um nicht anderes als eine digitale Vertriebsvariante. Das E-Paper verfügt über eine Blätter- und Vergrößerungsfunktion (Zoom) sowie über einen separaten Textmodus.

Von den sogenannten Teasern, den Anreißern rechts auf der Titelseite, gelangen Sie auch direkt zu den Schwerpunktthemen der Ausgabe. Wenn Sie das E-Paper mit dem Smartphone oder Tablet öffnen, können Sie zudem die Vorlesefunktion aktivieren. Außerdem können Sie – ausgehend von den Info-Kästen am Fuße einzelner Berichte – bei Interesse via Klick direkt die entsprechenden SoVD-Stellungnahmen oder Sozialinfos öffnen.

Nach dieser Testphase, die bis Ende Mai 2021 laufen wird, können wir erlauben, wie groß das Interesse am E-Paper in unserer Mitgliedschaft ist, und entsprechende Überlegungen zu einem alternativen Bezug konkretisieren.

Wie erhalte ich das E-Paper?

Sie möchten die SoVD-Zeitung testweise auch online lesen? Probieren Sie es einfach aus!

Wir möchten, dass Sie es hierbei einfach haben und sich nicht Monat für Monat die Zeitung auf der Internetseite „abholen“ müssen; auch das E-Paper soll Ihnen zugestellt werden.

Um das E-Paper zu beziehen, tragen Sie sich bitte *einmalig* auf einem eigens hierzu eingerichteten Formular auf der Internetseite www.sovd.de/e-paper ein.

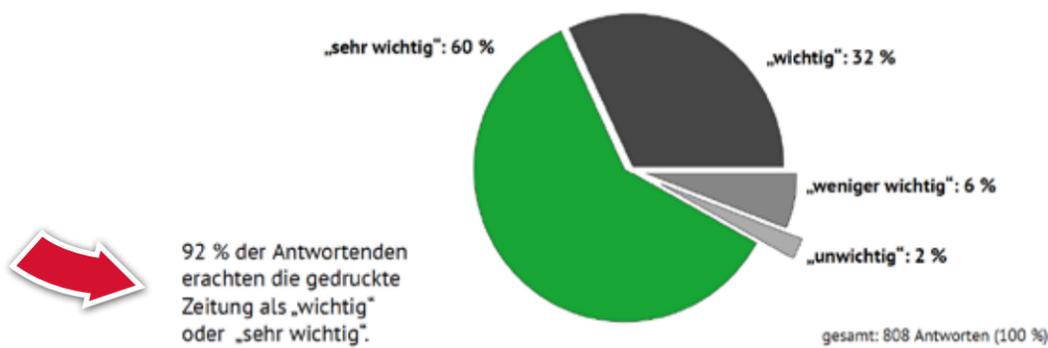
Sie erhalten dann beginnend ab Dezember per E-Mail einen Link zur aktuellen Ausgabe der SoVD-Zeitung. In der Ausgabe finden Sie zudem gebündelt alle Landesbeilagen.

Datenschutzhinweis: Selbstverständlich werden Ihre Daten nur zum Zweck des E-Mail-Versandes aufgenommen.



Dieses Bezugsformular finden Sie unter www.sovd.de.

Ergebnisse der Leser*innenumfrage 2019



Grafiken: Redaktion

Die Leser*innenumfrage zeigte 2019 einen hohen Bindungsgrad zur SoVD-Mitgliederzeitung.



Jede*r Vierte zeigte sich offen für den digitalen Bezug – allerdings zum Teil nur ergänzend.

Umfrage der Zeitungsmarktforschung

Zeitungsubos immer noch bevorzugt in Print

Wir haben die SoVD-Mitglieder in einer Leser*innenumfrage unter anderem dazu befragt, ob sie ihre Zeitung gedruckt oder online lesen möchten. Über die Ergebnisse haben wir berichtet. Wie sieht es auf dem deutschen Zeitungsmarkt aus? Nachfolgend ein paar Daten zum groben Überblick.

2019 lag die verkaufte Gesamtauflage deutscher Tages- und Sonntagszeitungen laut „Statista“ bei rund 14,9 Millionen Exemplaren. Mehr als jede zehnte verkaufte Zeitung ist inzwischen eine digitale Ausgabe. (Quelle: www.zeitungen.de). Überwiegend werden jedoch E-Paper dabei im regelmäßigen Abonnement und mit bezahltem Inhalt (Content) bezogen.

Den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage der ZMG Zeitungsmarktforschung zufolge sind allerdings längst nicht alle Leser*innen für die digitale Lektüre zu begeistern. Wer sich auf seine gedruckte Zeitung freut, lässt sich nicht so leicht auf digital umstellen: 71 Prozent der Print-Abonnent*innen würden die gedruckte Zeitung sehr vermissen, wenn es sie nicht mehr gäbe, ergab die repräsentative Umfrage, die im Januar 2020 im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) durchgeführt wurde. Demnach stellte die digitale Variante für die meisten Befragten eigentlich keine Alternative dar: Drei Viertel (75 Prozent) konnten sich nicht vorstellen, ihren abonnierten Printtitel nur noch als E-Paper zu lesen.

Insbesondere junge Leser zeigten sich hingegen aufgeschlossen gegenüber einer digitalen Zeitung. Der Umfrage zufolge hielten mehr als drei Viertel (77 Prozent) der 14- bis 29-Jährigen das E-Paper für eine sinnvolle Alternative zur gedruckten Zeitungsausgabe.

Mitgliederumfrage des SoVD

Machen Sie noch mit!

Der SoVD möchte mehr über seine Mitglieder erfahren, um zukünftig noch besser zu werden. Sie können uns helfen, indem Sie bei unserer Befragung mitmachen. Nutzen Sie die letzten Tage noch bis zum 30.9.!

So können Sie mitmachen

1. Möglichkeit: Sie füllen den in der September-Ausgabe abgedruckten Fragebogen aus und senden ihn in einem Briefumschlag noch bis zum 30.9.2020 an den Sozialverband Deutschland e. V., Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

2. Möglichkeit: Besonders hilfreich ist es, wenn Sie den Fragebogen auf unserer Internetseite beantworten – das spart Ihnen das Briefporto und für uns entfällt die aufwendige Dateneingabe. Auf www.sovd.de/mitgliederbefragung können Sie die Fragen beantworten.



3. Möglichkeit: Mit dem hier aufgedruckten QR-Code können Sie auch direkt mit Ihrem Smartphone zur Umfrage gelangen. Dafür scannen Sie den Code mit Ihrer Handykamera oder einer QR-Code-App und werden dann automatisch zur Online-Umfrage weitergeleitet.

Warum machen wir diese Umfrage?

Bei der aktuellen Umfrage wollen wir die Interessen unserer Leser*innen und Mitglieder und ihr Verhältnis zum SoVD genauer kennenlernen: Wie sind Sie zum SoVD gekommen? Was ist Ihnen wichtig? Und welche Themen interessieren Sie besonders? Wir sind gespannt auf Ihre Antworten. Diese helfen uns, den SoVD im Sinne unserer Mitglieder weiterzuentwickeln, um auch in Zukunft als zuverlässiger und starker Partner an Ihrer Seite zu stehen. In einer der nächsten Ausgaben werden wir über die Ergebnisse der Umfrage berichten.

Fünf Blumensträuße als Dankeschön

Als kleines Dankeschön verlosen wir unter allen Teilnehmer*innen fünf wunderschöne Blumensträuße, die wir Anfang Oktober zu Ihnen nach Hause senden. Dafür schreiben Sie bitte Ihre Adresse außen auf den Briefumschlag, mit dem Sie den Fragebogen zurücksenden, oder geben Ihre Anschrift am Ende des Online-Fragebogens an. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Lars Christensen / Adobe Stock



Foto: Redaktion

Die Umfragebeteiligung – per Zuschrift und online – ist sehr hoch!

Veranstaltung am 12. Oktober im Stream – Anmeldung für Teilnahme erforderlich

Armut europäisch bekämpfen

Gemeinsam mit der AWO veranstaltet der SoVD eine digitale Tagung über „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“. Es sprechen Vertreter*innen beider Verbände, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen, darunter Bundesminister Hubertus Heil.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fällt in eine bewegte Zeit. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und notwendigen Aktionen gegen die Klimakatastrophe ist auch das Soziale ein Politikfeld mit gro-



Hubertus Heil

ßem Handlungsbedarf. Das Ziel der „Europa-2020-Strategie“, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 20 Millionen zu reduzieren, wurde weit verfehlt.

Unter dem Titel „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“ organisieren der SoVD und die AWO deshalb

am 12. Oktober von 11 bis 13 Uhr eine digitale Veranstaltung. Es sprechen unter anderem SoVD-Präsident Adolf Bauer und AWO-Präsidiumsmitglied Gerwin Stöcken.

Der Bundesminister Hubertus Heil (SPD) referiert zum Thema „Welchen Beitrag zur europaweiten Armutsbekämpfung leistet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – und

wie geht es danach weiter?“. Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, spricht zu „Visionen der Europäischen Kommission für ein Europa von morgen ohne Armut“. Eine Diskussionsrunde fragt nach europäischen Strategien der Armutsbekämpfung. *str*
Informationen zu Anmeldung und Programm gibt es auf: sovde/unsere-themen/europa.



Foto: Jonathan Stutz / Adobe Stock

SoVD und AWO diskutieren über die Sozialpolitik der EU. Das Ziel, die Armutsgefährdung bis 2020 deutlich zu senken, wurde verfehlt.

Instrument soll Beschäftigung sichern – Höhe bleibt unverändert

Kurzarbeitergeld verlängert

Das Kurzarbeitergeld hat sich bewährt, um die Wirtschaft zu stützen und die Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Die Große Koalition einigte sich darauf, die Zahlung bis Ende 2021 auszuweiten.

Im Koalitionsausschuss einigten sich die Spitzen von SPD und Union Ende August auf neue Beschlüsse. Sie legten fest, das Instrument der Kurzarbeit bis Ende nächsten Jahres zu verlängern. Dies soll für Betriebe gelten, die bis zum 31. Dezember 2020 Kurzarbeit eingeführt haben.

Die Höhe des Kurzarbeitergeldes bleibt dabei unverändert. Der reguläre Satz liegt für Beschäftigte, die maximal die Hälfte ihrer gewohnten Zeit arbeiten, bei 60 und nach vier Monaten bei 70 Prozent. Ab dem siebten Monat gibt es Kurzarbeitergeld in Höhe von 80 Prozent. Für Eltern mit Kindern sind es jeweils 7 Prozent mehr.

Der SoVD begrüßt diese Maßnahme. Denn gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen, die in der Corona-Pandemie besonders belastet sind, ist eine finanzielle Absicherung wichtig. Der Verband hätte sich allerdings gewünscht, dass Beschäftigte mit geringem Ver-

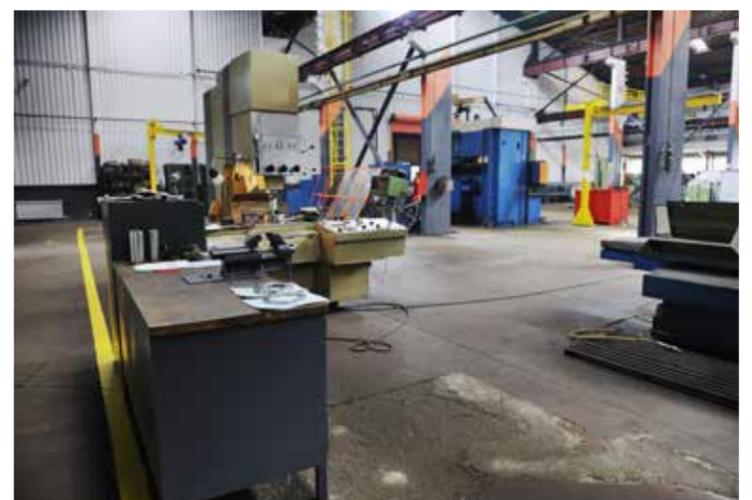


Foto: shock / Adobe Stock

Im produzierenden Gewerbe steht derzeit vieles still. Beschäftigte können jetzt bis Ende 2021 Kurzarbeitergeld beziehen.

dienst eine Aufstockung auf 100 Prozent erfahren. Bis zum 30. Juni 2021 übernimmt die Bundesagentur für Arbeit (BA) zudem die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber.

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) rechnet durch die Verlängerung mit weiteren Kosten von zehn Milliarden Euro.

Bisher gab die Bundesagentur etwa elf Milliarden Euro für die Maßnahme aus. Da ihre Reserven bald aufgebraucht sind, soll Steuergeld zugeschossen werden.

Im August waren noch etwa 4,6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Mai lag die Zahl bei über sieben Millionen. *str*

Der Verein „Pfortenpiloten e.V.“ betreibt Grundlagenarbeit zum Thema Assistenzhunde

Helfer auf vier Pfoten für mehr Freiheit

Assistenzhunde verhelfen Menschen mit Handicap zu mehr Unabhängigkeit, Sicherheit, Mobilität und Teilhabe. Aber in Deutschland sind sie fast unbekannt. Der Bereich Assistenz durch Hunde ist auch strukturell bis auf den Blindenhund völlig unreguliert. „Pfortenpiloten e.V.“ will das ändern und Akzeptanz und Grundlagen schaffen – national und international.

Als Roswitha Warda die gemeinnützige und unabhängige Organisation „Pfortenpiloten“ gründete, war ihr nicht klar, was für eine Mammutarbeit damit auf sie zukommen würde. Während ihres Aufenthalts in den USA hatte sie erlebt, wie gut und wichtig Assistenzhunde für Menschen mit Behinderungen sein können. Zurück in Deutschland ließ sich ihre Tochter zur Blindenführhund-Trainerin ausbilden. Dadurch stellte Roswitha Warda fest, dass in Deutschland selbst grundlegende Strukturen im Assistenzhunde-Bereich fehlen.

Abgesehen von Blindenhunden waren und sind Hunde als Helfer für Menschen mit anderen Handicaps wie zum Beispiel Traumbelastung, Diabetes oder Hörbehinderung weitgehend unbekannt. „Wir haben eine Ausstellung aufgebaut mit Aktion Mensch. Von zehn Leuten, die reinkommen, wissen acht davon nichts“, resümiert Roswitha Warda.

Wer einen Assistenzhund möchte, muss selbst dafür zahlen und bei der „Anschaffung“ auf Glück hoffen: Die Ausbildung der Hunde und ihrer Ausbilder*innen ist nicht geregelt, es gibt keine einheitlichen Qualitätsnormen. Selbst die Kenndecken und Abzeichen der Assistenzhunde sind oft Marke Eigenbau.

Die „Pfortenpiloten“-Gründerin sagt dazu: „Gerade im Assistenzhundebereich, wo die Leute keine Förderung haben, wo sie extreme Entbehrungen auf sich nehmen, um so ein Tier zu bekommen, darf es nicht sein, dass man sich auf sein Bauchgefühl verlassen muss, weil es keine Strukturen gibt.“

In vielen anderen europäischen Ländern sieht es auch nicht viel besser aus als in Deutschland, während etwa Großbritannien schon seit Jahren viel besser aufgestellt ist. Roswitha Warda weiß: „Der englischsprachige Raum ist uns um 20 Jahre voraus.“

Angeht die geringe Zahl von Assistenzhunden in Deutschland (geschätzt 500 bis 1.000) und im gesamten Europa war Roswitha Warda klar, dass von staatlicher Seite kein dringender Handlungsbedarf besteht. Daher beschloss sie tatkräftig, die Sache selbst anzugehen, indem sie „Pfortenpiloten e.V.“ gründete.

„Pfortenpiloten“ arbeitet mithilfe von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, Mitgliedern und Unterstützer*innen seit fünf Jahren an vielen Baustellen:

• Die Öffentlichkeit soll über das Thema Assistenzhunde aufgeklärt werden, mit der Kampagne „Assistenzhund willkommen“ (die noch bis 2021 läuft) können Geschäfte und Einrichtungen mit Aufklebern signalisieren, dass Assistenzhunden der Zutritt erlaubt ist. Die Angst von Geschäftsinhaber*innen und Kund*innen, dass die Anwesenheit eines Assistenzhundes unhygienisch ist, kann „Pfortenpiloten“ mit Schreiben qualifizierter Expert*innen entkräften: Ein gut ausgebildeter Assistenzhund sei nicht unhygienischer als ein Mensch in Straßenkleidung.

• Auf europäischer Ebene sollen Qualitätsrichtlinien für die Ausbildung erstellt werden, die die „Stiftung Assistenzhund“ will Assistenzhundeteams zertifizieren. Damit soll eine transparente, einfache und unabhängige Bewertungsstelle geschaffen werden, die allen mehr Sicherheit gibt. An den technischen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine Video-Evaluierung wird bereits gearbeitet.

• Von „Pfortenpiloten“ anerkannte Teams sollen in Zukunft von einer Telefon-Hotline unterstützt und gezielt gefördert werden.

• Der Verein bemüht sich außerdem um wissenschaftliche Studien, um zum Beispiel die positiven Auswirkungen von Assistenzhunden nachzuweisen.

• „Pfortenpiloten“ baut nationale und internationale Partnerschaften für das Konzept



Foto: Aktion Mensch

Assistenzhündin Rieke ist Herrchen Jens Schmidt eine große Hilfe im Alltag. Hier reicht sie ihm seine Mütze.

Assistenzhund auf. Denn auf nationaler Ebene ist die Zahl der Betroffenen zu klein, um Gewicht zu erhalten.

• Auch politisch bringt sich „Pfortenpiloten“ ein: Im Oktober 2019 wurden erste Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum geplanten Assistenzhundegesetz geführt, das unter anderem die Rechte von Assistenzhunden und -Halter*innen regeln soll. Leider hat seit dem Frühjahr Corona alle anderen Themen in die Warteschleife geschoben. Roswitha Warda befürchtet, dass es in dieser Legislaturperiode vielleicht nicht mehr klappen könnte mit dem Gesetz.

Finanziert werden die „Pfortenpiloten“ und ihre Projekte unter anderem durch das BMAS, Lotterien, Mitgliedsbeiträge, Förderer und Spenden.

Die Aufgaben, die sich der Verein gestellt hat, sind immens und langwierig. Daher hofft Initiatorin und Gründerin Roswitha Warda für die Zukunft auf eine dauerhafte Unterstützung durch Sozialträger und auf Spenden. *Brigitte Grahl*



Foto: SPD-Fraktion

**Roswitha Warda
Gründerin**



Allianz für Assistenzhunde – Pfortenpiloten e.V., % PIER F – Zukunftshafen, Franziusstraße 8–14, 60314 Frankfurt, Tel.: 069/15 32 01 60, E-Mail: kommunikation@pfortenpiloten.org; Internet: <https://www.pfortenpiloten.org>. Spenden per (Online-)Überweisung an: Pfortenpiloten, IBAN: DE05700222000020090502, oder fünf Euro per SMS an: 81 190, Text: „Pfortenpiloten“.



Foto, Grafik und Logos: Pfortenpiloten

Die DogMap zeigt auf dem Stadtplan Orte auf, an denen (nicht nur) Assistenzhunde erlaubt sind, hier zum Beispiel in Berlin.



Foto: mamy

Kenndecken müssen die Halter*innen selbst basteln.



Foto: Sabrina Parczany

Dank Zutrittskampagne darf Sabrina Parczany Epilepsiehündin June trotz allgemeinen Hundeverbots mit ins Gebäude nehmen.

Anerkennung für Belastung im Lockdown

Corona-Kinderbonus seit September ausgezahlt

Im Corona-Konjunkturpaket beschloss die Regierung einen Bonus für Familien von 300 Euro pro Kind. Seit September kommt das Geld bei den Menschen an. Der SoVD hatte sich dafür eingesetzt, dass die Zahlung nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird.



Foto: Rafael Ben-Ari / Adobe Stock

Der Lockdown war für Familien nicht leicht. Im September begann die Auszahlung des Bonus' von 300 Euro pro Kind.

Familien gehören zweifelsohne zu den Gruppen, die am meisten unter den Schließungen und Einschränkungen gelitten haben. Von zu Hause zu arbeiten und zugleich Kinder zu betreuen, die nicht in Schule oder Kindergarten gehen können, war für viele Familien eine ungewohnte Situation und große Belastung. Für sie gibt es jetzt eine einmalige Sonderzahlung von 300 Euro pro Kind. Der Kinderbonus wird für jedes Kind gezahlt, für das im Jahr 2020 mindestens in einem Monat Anspruch auf Kindergeld besteht oder bestand, beispielsweise für Kinder, die erst im Dezember geboren werden oder nur bis Juli Anspruch auf Kindergeld hatten. Im September begann die Auszahlung mit einer ersten Tranche von 200 Euro, weitere 100 Euro folgen im Oktober. Der Bonus wird mit dem Kinderfreibetrag bei der Steuererklärung verrechnet. Für Alleinerziehende gilt zudem für die Jahre 2020 und 2021 ein erhöhter Entlastungsbeitrag von 4.000 statt aktuell 1.908 Euro.

Es war ein Anliegen des SoVD, dass Beziehende von Grundsicherung den Bonus in voller Höhe bekommen und er nicht auf Hartz IV angerechnet wird. Der Verband kritisiert weiterhin, dass es für Menschen mit niedrigem Einkommen, die häufig in kleinen Wohnungen leben und einen größeren Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben, keine spezielle Unterstützungsleistung gab.

Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen ab Oktober einen höheren Anteil

Mehr Zuschuss zum Zahnersatz

Wer einen Zahnersatz benötigt, muss sich auf eine hohe Rechnung einstellen. Die Krankenkassen übernehmen bisher die Hälfte des Regelsatzes. Seit Oktober dieses Jahres ist der Zuschuss um 10 Prozent auf 60 Prozent gestiegen. Wer jährlich zum Zahnarzt geht und das mit einem Bonusheft nachweist, kann sogar bis zu 75 Prozent erstattet bekommen.

Zahnersatz ist eine teure Angelegenheit. Nicht selten liegen die Kosten für eine Krone, eine Brücke, ein Implantat oder eine Prothese im vierstelligen Bereich und entsprechen damit dem Gegenwert einer Urlaubsreise. Damit sich auch Normalverdiener*innen einen Zahnersatz leisten können, übernehmen die Krankenkassen den Festzuschuss. Der orientiert sich an den Kosten der Regelversorgung und betrug bisher 50 Prozent. Dank des 2019 beschlossenen „Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung“ steigt der Zuschuss jetzt auf 60 Prozent.

Die Regelversorgung ist die kostengünstigste Variante für die Patient*innen. Alle Leistungen, die nicht dazu gehören, wie zum Beispiel eine Keramikvollverblendung oder eine Goldlegierung, müssen Versicherte komplett aus eigener Tasche bezahlen. Den Zuschuss zu den Basisleistungen der Regelversorgung gibt es natürlich trotzdem.

Regelmäßiger Besuch der Zahnarztpraxis lohnt sich

Wer regelmäßig mindestens einmal im Jahr zum Zahnarzt*ärztin geht und dies durch ein Bonusheft nachweisen kann, bei dem*der steigt der Zuschuss sogar auf 70 Prozent (fünf Jahre lückenloser Nachweis) bis 75 Prozent (zehn Jahre lückenloser Nachweis).



Foto: focusandblur / Adobe Stock

Ein Zahnersatz ist teuer. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen aber jetzt mehr als die Hälfte der Regelversorgungskosten.

Hat man in den letzten zehn Jahren einmal die zahnärztliche Untersuchung vergessen, gibt es seit Oktober trotzdem 75 Prozent, wenn die Person die letzten fünf Jahre vor der Behandlung lückenlos nachweisen kann.

Für Geringverdienende gibt es eine Härtefallregelung

Empfänger*innen von Sozialleistungen (ALG II, Hartz IV, BAföG, Grundsicherung, Kriegsopferfürsorge) oder Menschen mit einem geringen Einkommen bis 1.274 Euro monatlich bzw. mit einem*r Angehörigen 1.751,75 Euro (für jede*n weitere*n Angehörige*n kommen 318,50 Euro dazu) bekommen 100 Prozent erstattet.

Aber auch Menschen, deren

Einkommen nur wenig darüber liegt, können dank der „gleitenden Härtefallregelung“ einen höheren Zuschuss erhalten.

Grundlage ist immer ein Heil- und Kostenplan

Vor Beginn der Behandlung wird ein Heil- und Kostenplan aufgestellt. Darin sind die Leistungen detailliert aufgelistet, darunter auch der Eigenanteil. Dazu muss auch das Bonusheft und eventuell der Härtefallantrag eingereicht werden. Wer im Voraus wissen will, wie hoch die eigenen Kosten sind, kann das auch im Internet mithilfe von Zahnersatz- oder Festzuschussrechnern ermitteln. Verbindlich sind aber nur die Angaben, welche die Krankenkasse in ihrer Zusage abgibt. *bg*

SoVD im Gespräch



SoVD-Präsident Adolf Bauer und Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), trafen sich zu einem sozialpolitischen Austausch. Themen waren der Bericht der BDA-Kommission, der Bereich „Pflege“ und die Neubestimmung der Hartz-IV-Regelsätze. In allen Themenfeldern bestand Einigkeit hinsichtlich der jeweiligen Einschätzungen.

Austausch zwischen DGB und SoVD

Zu einem Austausch über aktuelle sozialpolitische Fragestellungen kamen SoVD-Präsident Adolf Bauer und Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), zusammen. Das Gespräch, an dem auch die persönliche Referentin des SoVD-Präsidenten, Stefanie Lausch, teilnahm, diente überdies der Festigung der bisherigen, guten Zusammenarbeit in neuer Position. Anja Piel folgte im März 2020 Annelie Buntenbach im DGB-Bundesvorstand nach.

Diskutiert wurde der Bericht

der BDA-Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“. Die BDA ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der DGB hat bereits eine Stellungnahme zum Schwerpunkt „Verlängerte Lebensarbeitszeit“ abgegeben. Auch in der Kritik weiterer Punkte bestand Einigkeit. Aus Sicht von DGB und SoVD macht der Bericht den Eindruck, dass die Covid-19-Pandemie als Vehikel für altbekannte Forderungen der Arbeitgeberseite genutzt wurde.

Zum Thema „Pflege“ berichtete Anja Piel von einem Termin mit Bundesminister Jens Spahn. Derzeit prüfe das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit Modellrechnungen, wie die Pflegeprämie umgesetzt werden kann.

In der Koalition sei bereits ein Konsens darüber erzielt worden, dass bis zu 1.500 Euro steuerfrei gewährt werden. Der DGB habe deutlich gemacht, dass die annoncierte Prämie unbedingt und zeitnah umgesetzt werden muss.

Hinsichtlich der Grundsicherung/Mindestsicherung sind sich SoVD und DGB einig, dass eine Neubestimmung der Regelsätze erhebliche Verbesserungen für Leistungsbeziehende mit sich bringen muss. Insbesondere sogenannte Weißgeräte müssten wieder mittels Einmalzahlung finanziert werden. Man ist gespannt, welchen Einfluss die aktuellen Zahlen zur Preis- und Lohnentwicklung auf die bisherige Bemessungsgrundlage haben werden. SoVD und DGB werden sich diesbezüglich kritisch einbringen.

SoVD-Seminar „Europäische Sozialpolitik“: Strukturen, Zuständigkeiten und Verbandsarbeit gegenüber der EU Soziale Themen in Brüssel voranbringen

Der SoVD tritt für ein soziales Europa ein. Das tut er auch vor Ort in Brüssel, am Sitz des EU-Parlaments: über ein gemeinsames Büro mit AWO, ASB und Volkshilfe Österreich. 30 Prozent aller nationalen Regelungen gehen bereits von EU-Ebene aus – und vieles lässt sich nur europäisch lösen. Da das immer wichtiger wird, bot der Bundesverband in Berlin am 7. September ein Seminar „Europäische Sozialpolitik“ an.

Dieses richtete sich an Hauptwie Ehrenamt des SoVD. Neben viel Information gab es auch Raum für Diskussionen und Fragen wie: Braucht die EU mehr Sozialpolitik oder weniger?

Technisch etabliert die Pandemie neue Wege. So fand das Seminar als „Hybrid“ aus Präsenz- und Online-Veranstaltung

statt. Die meisten nahmen unter Beachtung der Hygienevorschriften vor Ort teil, während Dr. Horst Cramer und Daniel Kreutz aus NRW per Videokonferenz digital dabei und auf der Leinwand eingeblendet waren.

Zugeschaltet wurde auch Florian Schierle vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Euro-pabeauftragter und Referatsleiter „Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik“. Er erklärte Schwerpunkte der Bundesregierung in der EU-Sozialpolitik: Mindeststandards, Weiterbildung und gute Arbeitsbedingungen –

von den nationalen Löhnen bis zu den Sicherungssystemen.

Vortragende aus dem SoVD waren Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, der Brüsseler Büroleiter Alexander Friedrich und Anna John, sozialpolitische Referentin im Bundesverband.

Europäische Sozialpolitik hat Möglichkeiten und Grenzen

Detailreich beleuchteten sie Aufbau und Funktion der EU, sozialpolitische Möglichkeiten und Grenzen, die Lobbyarbeit in Brüssel, aktuelle Themen und Entwicklungen sowie Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Diese hat der SoVD im Forderungspapier „Für ein



Vortragende und Teilnehmende aus dem ganzen Verband in Berlin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Dr. Simone Real, Peter Deutschland, Basia Braun, Alexander Friedrich, Anna John, Denis Peikert, Klaus Michaelis, Ernst-Detlev Schulte, Bettina Nowaczyk und Monika Paulat.



Debatte unter Corona-Bedingungen: Im Saal hielt man Abstand, zugeschaltet und auf der Leinwand zu sehen waren Dr. Horst Cramer und Daniel Kreutz (SPA des SoVD NRW) sowie Florian Schierle (BMAS).

Europa mit Zukunft“ veröffentlicht. Denn bis Jahresende sitzt Deutschland dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) vor – ein wichtiger Anlass, auf die Sozialpolitik Einfluss zu nehmen.

Da der Rat in zehn Zusammen-setzungen mit den für SoVD-Positionen zu Armut, Wohnen, Gleichstellung, Inklusion und Pflege Sachgebiet zuständigen Minister*innen der Länder tagt, ist eine Formation für soziale Themen besonders wichtig: EPSCO, der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Vizepräsidentin Prof. Engelen-Kefer erklärte die Positionen, die der SoVD dort vertritt, etwa zu einer Armutsstrategie, Maßnah-

men für bezahlbares Wohnen, für Gleichstellung, Inklusion und die Versorgung Pflegebedürftiger.

Deutlich wurde: EU-Sozialpolitik ist möglich, aber durch das Subsidiaritätsprinzip rechtlich begrenzt. Nationale Politik steu-

ern kann die EU mit Geld. GEsprochen wurde daher auch über Förderprogram-

me, Fonds und Folgen der Corona-Krise. Hoffnung gebe es vor allem beim Thema Mindestlöhne.

Auch jenseits der Ratspräsidentschaft bringt der SoVD sich ein – etwa mit Papieren, Stellungnahmen oder im Austausch mit EU-Abgeordneten, von dem Alexander Friedrich berichtete.

Eva Lebenheim

SoVD-Bilanz: große Belastung für Pflegenden, Heimbewohnende und Familien

Wie sich die Krise auswirkt

Die Ausbreitung des Coronavirus hat Politik und Gesellschaft herausgefordert. Mit etwas Abstand lassen sich jetzt die Folgen der Maßnahmen abschätzen. Aus der Bilanz des SoVD geht hervor, dass viele zuvor schon benachteiligte Gruppen in der Pandemie vor großen Problemen standen und stehen.

In der Covid-19-Pandemie zeigt sich die Belastungsfähigkeit der sozialen Systeme des Landes. Der SoVD hat analysiert, wie sich die politischen Maßnahmen auf die Betroffenen auswirken und wo Handlungsbedarf sichtbar wird. In die Einschätzung flossen die Erfahrungen von SoVD-Mitgliedern ein.

Zu Beginn der Krise war die Versorgung mit Schutz wie Masken oder Desinfektionsmitteln schwierig. Während Institutionen schnell Unterstützung erhielten, standen Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen alleine da. Für die betroffenen Menschen und ihre Familien brachen mit der Covid-19-Pandemie zahlreiche ambulante Unterstützungsstrukturen und

Hilfen weg. Der SoVD regt an, Strukturen zu schaffen, die im Notfall unterstützen und auch finanziell entlasten. Bis heute hat die Politik auf diese außerordentliche Belastung für Familien kaum reagiert.

Auch der Arbeitsmarkt hat sich in Zeiten von Corona erheblich gewandelt. Leidtragende davon sind auch Arbeitnehmer*innen mit Behinderung. Bei ihnen stieg die Arbeitslosenzahl von März bis Juni um fast 20.000. Der SoVD befürchtet Rückschritte bei der Teilhabe und appelliert dringend, dass aus den Investitionen ein „Ruck für Teilhabe“ wird. Dazu gehört es, Unternehmen Unterstützung und Anreize zu geben, zugleich aber auch solche zu sanktio-

nieren, die ihrer gesetzlichen Pflicht nicht nachkommen. Auch in anderen Bereichen, wie Verkehr oder Verwaltung, ließen sich durch sinnvoll eingesetztes Geld Barrieren abbauen.

Mit den Schulschließungen wurde deutlich, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien leicht den Anschluss verlieren können. Der SoVD verlangt, dass für diese und Menschen mit Behinderungen entsprechende Lösungen gefunden werden.

In der Krise ist außerdem die systemrelevante Arbeit von Frauen – ob zu Hause oder im Beruf – sichtbar geworden. Hier fehlt es an (nicht nur finanzieller) Anerkennung.

Die Corona-Bilanz finden Sie auf www.sovd.de/corona.

Neuer Kampagnen-Newsletter vor erstem Versand

Gut informiert zu sozialer Kälte

In regelmäßigen Abständen berichtet zukünftig auch ein neuer E-Mail-Newsletter zu Themen, Aktionen, Vorlagen und kreativen Ideen zur SoVD-Kampagne gegen soziale Kälte.

„Was bedeutet eigentlich soziale Kälte? Was unternimmt der SoVD in den einzelnen Bereichen dagegen und wie kann ich mich vor Ort kreativ gegen soziale Missstände engagieren?“ – In vielen Kampagnen-Materialien und Artikeln konnte der Verband bereits auf diese und weitere Fragen eingehen. Auch in einem weiteren Medium, dem digitalen Newsletter zur Kampagne, wird nun in regelmäßigen Abständen über diese Themen und aktuelle Entwicklungen zum gemeinsamen Engagement gegen soziale Kälte informiert.

Die Anmeldung ist offen und kostenfrei. Den Link zur Anmeldung finden Sie auf der Kampagnenseite unter www.sozialekaelte.de. Der erste Versand erfolgt bereits in Kürze.



Foto: Manfred Hermann / Adobe Stock
Das Motiv der SoVD-Kampagne.

NW Nordrhein-Westfalen

SH Schleswig-Holstein

Bornhalm ist neuer Vorsitzender

Alfred Bornhalm ist neuer Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Auf einer Landesverbandstagung des SoVD Schleswig-Holstein wurde der bisherige Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Jutta Kühl an, die den Vorsitz des mit 162.000 Mitgliedern größten Einzelverbandes des Landes aus persönlichen Gründen abgegeben hat.

Zu Stellvertreter*innen des Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Hans-Otto-Umlandt (Kreisverband Dithmarschen), Petra Lenius-Hemstedt (Kreisverband Nordfriesland) sowie Kirsten Grundmann (Kreisverband Segeberg). Im Anschluss an seine Wahl bedankte sich Alfred Bornhalm für das Vertrauen der Delegierten und betonte, gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit seinen Vorstandskolleg*innen den SoVD in Schleswig-Holstein im Sinne seiner traditionellen Werte der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit zu führen und auf dieser Basis eine erfolgreiche Zukunft der „größten Familie des Nordens“ gestalten zu wollen.

Massive soziale Einschnitte in den letzten Jahren

In sozialpolitischer Hinsicht mahnte Bornhalm dringlich Lösungen an. Es sei skandalös, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehe: „Kinderarmut und Altersarmut dürfen in einem modernen Sozialstaat und in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt nicht sein. Und dass in der Pflege von den älteren Menschen der letzte Cent gefordert wird, während Gewinne in private Kanäle oder an die Börse gehen, ist eine Schande“, so der neue Landesvorsitzende.

Zu seinen verbandspolitischen Schwerpunkten sagte er: „Wir werden uns auch weiterhin unverkennbar als Anwalt an der Seite sozial benachteiligter Menschen etablieren. Die massiven sozialen Einschnitte in den letzten Jahren verpflichten uns nicht nur zu einer guten und qualifizierten Beratungsarbeit für unsere Mitglieder, zugleich sollte unser Engagement als Lobbyarbeit für Menschen, die sich gesellschaftlich zu Recht auf der Verliererseite fühlen, noch stärker öffentlich wahrnehmbar werden.“

Auseinandriften von Arm und Reich verstärkt durch Corona

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer ging in seinem Redebeitrag auf das Auseinanderdriften von Arm und Reich ein, das sich angesichts der Corona-Pandemie wieder verschärfe.

Hintergrund seiner Ausführungen war unter anderem ein



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther eingerahmt vom neuen Vorsitzenden des SoVD-Landesverbandes-Schleswig-Holstein, Alfred Bornhalm (li.), und dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer (re.).

aktuelles Gutachten der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eingesetzten Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“.

Die Arbeit der Kommission fuße auf der politischen Zielsetzung, die Sozialabgaben bei insgesamt unter 40 Prozent zu halten, erklärte Bauer. Die bewährten Sozialversicherungssysteme müssten jedoch finanziell stets so ausgestaltet sein, dass sie ihre Aufgaben auch verlässlich erfüllten. Eine Festlegung eines Gesamthöchstbeitrages in Höhe von 40 Prozent sei vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll.

Auch weitere im Gutachten unterbreitete Vorschläge seien sozial nicht gerecht und blendeten die zunehmende Angst der Menschen vor sozialer Spaltung aus. „Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen unterstreichen die klare Notwendigkeit, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken. Sie dürfen nicht weiter geschwächt werden, wie dies die Vorschläge der Kommission beabsichtigen“, sagte Bauer.

Ministerpräsident Daniel Günther war Ehrengast

Ehrengast der Landesverbandstagung war Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).

In seinem Grußwort dankte Günther den Mitgliedern des Sozialverbandes für die Solidarität, die der Verband vorlebe: „Nicht

nur in Krisenzeiten stärken Sie unsere Gemeinschaft, indem Sie Ihren Mitmenschen die Hand reichen und für eine gerechte Gesellschaft eintreten.“ Außerdem bedankte sich der Ministerpräsident für das wichtige Engagement des im Juli verstorbenen langjährigen Landesvorsitzenden Sven Picker: „Mit seinem Einsatz hat er dem Sozialverband in Schleswig-Holstein zu der starken Stimme verholffen, mit der der Verband für soziale Gerechtigkeit wirbt.“

Neue Mitglieder im neuen Landesvorstand

Dem neuen Geschäftsführenden Landesvorstand gehören – neben dem Vorsitzenden Alfred Bornhalm und seinen Stellvertreter*innen Hans-Otto-Umlandt, Petra Lenius-Hemstedt und Kirsten Grundmann – als Landesschatzmeister auch Hermann Weber (Kreisverband Nordfriesland), als Landschriftführerin Renate Eggers (Kreisverband Dithmarschen), als Landesfrauensprecherin Gudrun Karp (Kreisverband Plön), als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses Prof. Ingo Heberlein (Kreisverband Ostholstein) sowie als Vorsitzender des Organisationsausschusses Uwe-Dieter May (Kreisverband Schleswig-Flensburg) an. Ausgeschieden sind der ehemalige Schatzmeister Hans Christian Albertsen (Kreisverband Nordfriesland) und die langjährige Schriftführerin Astrid Kosiolek (Kreisverband Herzogtum Lauenburg).



Foto: Volksinitiative

Demo vor dem Landtag für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung: Für den SoVD NRW sprach Dr. Michael Spörke (2. v. li.), Abteilungsleiter Sozialpolitik und Kommunales, mit Abgeordneten.

Neue Volksinitiative

Der SoVD NRW startete mit ver.di NRW und anderen Verbänden und Organisationen die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“. Die Demonstration am 26. August in Düsseldorf war nur der Auftakt. Nun geht es ans Unterschriftensammeln.

Vor dem Landtag trugen Vertretende der Volksinitiative ihre Forderungen direkt an Abgeordnete heran: mehr Personal in Kliniken und im ganzen Gesundheitswesen, Erhalt von Krankenhäusern, eine gesetzliche Personalbemessung und menschenwürdige Gesundheitsversorgung in den Städten und Regionen.

Die Versorgung müsse wohnortnah und barrierefrei sein und sich an den Bedürfnissen der Patient*innen orientieren, nicht an Profiten. Zudem solle das Land NRW die Investitionskosten refinanzieren und sich für eine Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) einsetzen. Damit sich der Landtag mit diesen Themen befasst, sind 66.000 Unterschriften nötig. Diese will der SoVD NRW sammeln helfen. Listen und Infos gibt es auf: www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de.

Studie bestätigt soziale Dimension des Klimaschutzes

Sozial-ökologische Wende

Der reichste Teil der Weltbevölkerung verursacht doppelt so viele Kohlendioxid-Emissionen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Entwicklungsorganisation Oxfam jetzt vor der beginnenden Generaldebatte der 75. UN-Vollversammlung in New York veröffentlichte.

Die Studie konzentriert sich auf die klimapolitisch wichtigen Jahre von 1990 bis 2015, in denen sich die Emissionen weltweit verdoppelt haben. Die reichsten zehn Prozent (630 Millionen Menschen) seien hier für mehr als die Hälfte (52 Prozent) des CO₂-Ausstoßes verantwortlich gewesen, heißt es. Demnach verbrauchte das reichste Prozent (63 Millionen) allein 15 Prozent, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur sieben Prozent. So zahlten für den Konsumrausch einer reichen Minderheit die Ärmsten den Preis – in einer Zeit, in der die katastrophalen Folgen der Klimakrise schon vielerorts spürbar seien.

In Deutschland sind im untersuchten Zeitraum laut Oxfam die reichsten zehn Prozent bzw. 8,3 Millionen Menschen für 26 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die mit 41,5 Millionen Menschen fünfmal größere ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung habe mit 29 Prozent nur etwas mehr verbraucht. Oxfam fordert, den CO₂-Verbrauch Wohlhabender einzuschränken, mehr in öffentliche Infrastruktur zu investieren und die Wirtschaft klimagerecht umzubauen.

Gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden hat sich der SoVD ebenfalls bereits vor einem knappen Jahr mit Nachdruck dafür ausgesprochen, die soziale Dimension des Klimaschutzes konsequent mitzudenken und eine sozial-ökologische Wende anzustreben. Andernfalls könne die Mammutaufgabe Klimaschutz nicht gelingen, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer. In einer Erklärung formulierten die Verbände als „Sozialplattform Klimaschutz“ Forderungen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Wohnen, Energie und Mobilität.

Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen stehen vor besonderen Herausforderungen

Mit Handicap studieren in Zeiten von Corona

Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie sind weiter spürbar. Auch Studierende gehen ins nächste Online-Wintersemester mit gemischten Gefühlen. Einige Universitäten bleiben im vollen Online-Modus, einige bieten hybride Formen von Online- und Präsenzveranstaltungen an. Besonders Studierende mit Handicap stellt dies vor Herausforderungen. Drei von ihnen berichten von ihren Erfahrungen.

Jan Marwan studiert Italienisch sowie im Zweitfach slawische Sprachen und Literaturen an der Humboldt-Universität Berlin. Vor einigen Jahren ist er aufgrund einer schweren Erkrankung vollständig erblindet: „Mein Zweitstudium ist für mich ein Neuanfang gewesen, um trotz der Erblindung doch aus meinem Leben etwas machen zu können“, erklärt der Student. Obwohl der angehende Sprachwissenschaftler ohne Assistenzhilfe auskommt, stelle die Corona-Krise neue Herausforderungen für Studierende mit Behinderung dar: „In den ersten drei Semestern konnte ich bei technischen Problemen an meinem Mac die IT-Fachleute an der Humboldt-Universität bei uns am Institut noch persönlich aufsuchen. Seit April ist das nicht mehr möglich. Insofern bin ich seither auf mich alleine angewiesen“, berichtet Marwan.

Dirketer Kontakt zu den Kommiliton*innen fehlt

Trotz der außergewöhnlichen Situation komme er mit den Umständen ganz gut zurecht. Im abgeschlossenen Sommersemester konnte er sogar mehr Stoff abarbeiten und neben dem laufenden Curriculum an zwei Hausarbeiten schreiben. „Das lag aber auch daran, dass wir in der Phase zu Hause bleiben mussten. So hat man zwangsläufig mehr Zeit zur Verfügung“, erklärt der Berliner Student. Marwan fehlten aber besonders der Umgang und das gemeinsame Lernen mit anderen Studierenden: „Durch die Corona-Krise hat man den sonst gewohnten, ständigen Kontakt zu den anderen verloren. Das sehe ich schon als großen Nachteil an.“

Die Gesellschaft hinkt der Technologie noch hinterher

Anders als bei Sehenden, die lediglich Tastatur und Maus zur Bedienung des Computers benötigen, müssen Sehbehinderte dagegen auch den Cursor der Sprachsteuerung für die Handhabung mitbeachten. „Zusätzlich gibt es noch den sogenannten Voiceovercursor“, erklärt Marwan. Das System funktioniert aber nur, wenn dieser den anderen Cursors immer folgt und alle drei sich elektronisch auf einem Punkt treffen. Erst dann wird über die Sprachsteuerung das erfasst, was Sehende visualisieren. „Nur dann können wir wirklich von Barrierefreiheit sprechen. Das funktioniert im digitalen Bereich an der Humboldt-Universität ganz gut und ich habe auch den Eindruck, dass die IT für Blinde mitdenkt.“

Anders hingegen sei dies beispielsweise in der Buchhandlung oder im stationären Einzelhandel. „Wenn ich hier nach einem über die Sprachausgabe lesbaren E-Book für Blinde frage, bekommt man nicht immer eine zufriedenstellende Antwort“, so der Student, der ergänzt, dass im Zuge der Digitalisierung den Sehbehinderten eine Technologie in die Hand gegeben worden sei, mit der Blinde und Sehende nahezu ohne Barrieren miteinander kommunizieren könnten. Allerdings müssten auch die Gesellschaft und Institutionen mitspielen, die noch der Entwicklung hinterherhinken, so Marwan. „Man wird begreifen lernen, dass Hören für einen Blinden nicht gleich Hören ist. Es macht einfach einen Unterschied aus, ob ich eine Audio-Datei höre oder ob ich den äquivalenten Text als pdf-Datei vorliegen habe, anhand der ich

durch die Navigation durch die einzelnen Zeilen das erfassen kann, was auch ein Sehender liest.“ Schon vor der Corona-Krise war das Abstellen von Lehrinhalten in Form von pdf-Artikeln auf Online-Plattformen der deutschen Universitäten Standard. „Ist die pdf-Datei allerdings so aufbereitet, dass die Linearität des Textes in der Sprachsteuerung nicht gegeben ist, hat der Blinde schlechte Karten.“

Klausuren sollten auch online möglich sein

Annabel Breuer, die seit einem Autounfall in ihrer Kindheit querschnittgelähmt ist, absolviert derzeit ihr Masterstudium an der hessischen Justus-Liebig-Universität in Gießen. Die Rollstuhlbasketballerin des RSV Lahn-Dill, die bei den Sommer-Paralympics in London im Jahr 2012 mit der Mannschaft die Goldmedaille gewann, fand das letzte Sommersemester „sehr komisch“, wie sie erzählt: „Die Online-Seminare waren viel anonym als die Präsenzveranstaltungen im Normalbetrieb, weil wir für die bessere Qualität der Übertragung die Kamerafunktion im Online-Seminar ausgeschaltet haben.“ Auf diese Weise konnte sie ihre Kommiliton*innen nur hören, aber nicht sehen. Ein großer Nachteil sei auch, dass man bei der Online-Lehre zu sehr auf die Internetverbindung angewiesen ist: „Bei einem Vortrag von mir ist das Internet ausgefallen. Das war sehr ärgerlich.“ Studierende, die keinen Zugang zum Internet haben, hätten das Nachsehen.

Die Unterstützung für Behinderte sei durch die Pandemie in Hessen nicht weniger, aber auch nicht mehr geworden, so Breuer. Einige Dozent*innen hätten am Ende des Sommersemesters noch eine Präsenzstunde durchgeführt, die sie allerdings nicht besuchen konnte: „Durch meine Zugehörigkeit zur sogenannten ‚Risikogruppe‘ habe ich diese absagen müssen. Dies wurde mir aber nicht negtiv ausgelegt, wovon ich sehr froh war.“ Kritisch sah sie allerdings die Tatsache, dass zwei ihrer Klausuren zum Semesterabschluss als Präsenzveranstaltung durchgeführt wurden. Dies sieht das hessische Hochschulgesetz vor. „Es wurden zwar die Hygienemaßnahmen eingehalten, aber dennoch ist es für eine Person mit Behinderung ein erhöhtes Risiko, mit 200 Studierenden zusammen in einer Turnhalle zu sein. Ich würde mir wünschen, dass es im Winterse-



Foto: Oliver Vogler / Leica Akademie

Annabel Breuer studiert an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie vermisst die Präsenzveranstaltungen.

mester auch die Möglichkeit gibt, Klausuren online zu schreiben.“

Wie viele Leistungssportler*innen arrangiert sich Annabel Breuer derzeit mit der Pandemie. Derzeit könne sie ihren Sport aber nicht so ausführen, wie sie es gerne wollte: „Ich persönlich würde mich sicherer fühlen, wenn es ein Heilmittel für das Virus gäbe. Solange bin ich noch sehr vorsichtig und bin mir auch noch nicht sicher, ob die Paralympics nächstes Jahr realisierbar sind.“ Diese Ungewissheit sei natürlich ärgerlich, so die Studentin, „aber wir werden auf jeden Fall weiter trainieren.“

Organisatorische Chaos unbedingt vermeiden

Eine ganz andere Situation stellt sich derzeit an der Universität Siegen dar. Sarah Dehn, die sich auch im Landesverband der SoVD-Jugend in Nordrhein-Westfalen engagiert und dort für den Studiengang „Pädagogik: Entwicklung und Inklusion“ eingeschrieben ist, verzweifelt gerade ein wenig an der Organisation der Lehre während der Corona-Krise. Sie weiß nicht, wie sie ihr Studium in der gegenwärtigen Praxisphase weiter gestalten soll. Der Semesterstart, der eigentlich am 1. Oktober sein sollte, wurde bereits auf den 1. November verschoben. Zudem bietet die Universität Siegen nach Dehns Angaben ein hybrides System von Online- und Präsenzlehre an. Dieses Angebot kann die Asthmatikerin aber nur

zum Teil wahrnehmen: „Da ich erhöhtes Erkrankungsrisiko habe, darf ich die Universität nicht betreten und somit kann ich an der Präsenzlehre nicht teilnehmen.“ Dozent*innen, die Präsenzveranstaltungen halten, sind jedoch verpflichtet, eine Ersatzleistung anzubieten. „Das ist mit den Lehrenden auch so kommuniziert worden, auch wenn die Umsetzung für einige immer noch schwierig erscheint. Trotzdem wird vieles möglich gemacht. Es gibt immer eine Lösung – für uns Studierende ist das Ganze nur etwas chaotisch und unübersichtlich.“ Die Siegener Studentin beklagt außerdem, dass die Universitätsleitung zunächst nur mit den Dozent*innen kommunizierte. Hätte man die Studierenden von Anfang an richtig informiert, wäre so manche Panikreaktion ausgeblieben, meint Dehn.

Zugang zu Angeboten der Bildung ermöglichen

Der SoVD fordert deshalb weiterhin, dass es keine Benachteiligung beim Zugang zu Bildungsangeboten zulasten behinderter oder chronisch kranker Menschen geben darf. Die Corona-Krise hat diese Gefahren deutlich gemacht. Im Lockdown wurden Defizite sichtbar. Die Umsetzung der Barrierefreiheit muss daher rechtlich verbindlich sein, überwacht und begleitet werden. Gefordert sind hierbei öffentliche Träger genauso wie private Anbieter. *Christian Müller*



Foto: Dob's Farm / Adobe Stock

Studierende mit Behinderung nehmen während der Corona-Pandemie auch an der Online-Lehre der Universitäten teil.

SoVD erstreitet Kosten für präventive Brust-OP

Gerda Köller hatte infolge einer seltenen Krankheit mehr als 70 Tumoren in den Brüsten. Diese waren zwar gutartig, dennoch bestand ein erhöhtes Brustkrebsrisiko. Auf ärztlichen Rat wollte die 44-Jährige sich deshalb beide Brüste entfernen lassen. Doch die AOK weigerte sich, die Kosten für die Operation zu übernehmen. Mithilfe von Niedersachsens größtem Sozialverband hat das SoVD-Mitglied erfolgreich gegen die Krankenkasse geklagt.

Die Lebensumstände von Gerda Köller sind nicht einfach: Seit einem Arbeitsunfall im Jahr 2014 ist die heute 44-Jährige auf einen Rollstuhl angewiesen. Doch diesen Rückschlag konnte sie gut ausgleichen. Zwar musste sie ihren Job in einem Oldenburger Fahrradgeschäft aufgeben, weil kein behindertengerechter Arbeitsplatz eingerichtet werden konnte. Seit Sommer 2017 hat sie aber einen unbefristeten Vollzeit-Arbeitsvertrag bei einem IT-Unternehmen in Oldenburg.

Mammografie ergibt auffälligen Befund

Im Herbst desselben Jahres begann dann allerdings ein neuer Leidensweg: Eine turnusmäßige Mammografie ergab einen auffälligen Befund. Daraufhin brachte eine am Brustzentrum Kreyenbrück vorgenommene Röntgenuntersuchung der Milchgänge die Diagnose: Köller litt an einer ausgeprägten Milchgangspapillomatose – einer schmerzhaften und äußerst seltenen Brusterkrankung. Der Arzt habe, so Köller, nur gesagt: „Wir haben über 70 Tumoren gezählt, das habe ich noch nie gesehen.“

Es folgte eine erste Operation, um die an sich gutartigen Tumoren zu entfernen. Doch die Blutungen aus den Mamilen hielten an. „Das war das erste Mal, dass ich Angst hatte, dass daraus Karzinome werden könnten.“ Denn: Wenn die Papil-

lome den Milchgang durchbrechen, können sie entarten. Die Behandlung wurde fortgesetzt. Köller: „Es gab immer wieder Stanzbiopsien, Untersuchungen, Besprechungen und ich musste auf Ergebnisse warten. Mit jedem Eingriff konnte Böses freigesetzt werden. Da haben die Ärzte und ich gemeinsam entschieden, die Brüste zu entfernen.“ Auch die Beurteilung der Klinik, eine vorbeugende Brust-Amputation sei medizinisch sinnvoll, bestärkte sie in ihrem Entschluss. „Es war ein Stadium der Unkontrollierbarkeit erreicht, es bedeutete für mich eine dauerhafte Angst“, berichtet die 44-Jährige. Diese Angst blieb, weil auch weitere Untersuchungen und ein gerichtlich zugezogener Gutachter zu vergleichbaren Diagnosen kamen.

Dauerhafte Angst vor Krebs verändert das Leben

„Wenn man über 70 Mini-Tumoren in den Brüsten hat und immer wieder die Diagnose hört, dass die Erkrankung ein Einzelfall sei und die Gefahr besteht, dass aus den kleinen Tumoren bösartiger Krebs wird, dann verändert sich das Leben“, so Köller. Also beantragte sie bei ihrer Krankenkasse schließlich die Ablatio mammae – die vollständige Entfernung der Brüste. Doch die AOK Oldenburg lehnte ab. Begründung: Die histologischen Befunde reichten angeblich nicht aus. Für Köller



Foto: Hergen Riedel

Gerda Köller beim Spielen mit Hund Benji: Nach der erfolgreich durchgeführten Brust-OP kann das SoVD-Mitglied endlich wieder ein normales Leben führen.

ein Schlag ins Gesicht. Weitere Behandlungen oder brusterhaltende Maßnahmen waren keine Lösung für sie: Jeder Eingriff konnte die Gefahr vergrößern, dass Krebs entstand.

In ihrer Not wandte Köller sich an das SoVD-Beratungszentrum Oldenburg. „Die Haltung der AOK war für uns nicht nachvollziehbar und wurde den Umständen des Falls von Frau Köller in keiner Weise gerecht“, sagt SoVD-Rechtsschutzsekretär Matthias Hecker, der in Köllers Namen Klage beim Sozialgericht Oldenburg einlegte.

Derweil wurden bei dem SoVD-Mitglied im September 2019 wieder neue Tumoren sichtbar. „Das Brustzentrum wurde zur zweiten Heimat“, erinnert sich Köller. In einer er-

neuten OP sollten die Papillome entfernt werden. „Doch jeder medizinische Eingriff, der meine Brust retten sollte, wurde zur Belastung“, erklärt die 44-Jährige. „Meine neue Chance in der Arbeitswelt ist in Gefahr, wenn ich immer wieder operiert werde“, sagt sie. „Ich kann die Nach- und Nebenwirkungen einer OP nicht wegstecken wie andere. Bis ich mich wieder richtig bewegen und arbeiten kann und die Narben verheilt sind, dauert es mindestens sechs Wochen. Das sind jedes Mal sechs Wochen Arbeitsausfall.“

Dann kam endlich das erlösende Urteil: Das Sozialgericht gab Köller recht. Ende Juli 2020 wurde die Ablatio mammae im Brustzentrum des Pius-Hospitals in Oldenburg erfolgreich

durchgeführt. Köller ist mit der Entwicklung mehr als zufrieden.

Sozialgericht gibt SoVD-Mitglied recht

„Nach dem Gang vor Gericht bin ich froh, dass mich die Richterin in meiner physischen und psychischen Lage verstanden hat. Und dass das Urteil auch für andere Frauen Bedeutung haben kann – obwohl es eine Einzelfallentscheidung ist“, sagt das SoVD-Mitglied erleichtert. „Es war gut zu hören, dass die Richterin sagte, die Zumutbarkeit sei lange überschritten. Und es ist gut, dass dank der Hilfe vom SoVD die AOK die Kosten schließlich übernommen hat.“ So könne, freut sich Gerda Köller, wieder ein normales Leben beginnen. *hr*

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de

SOVD



Landesverband Mitteldeutschland unterstreicht die SoVD-Forderungen

Kinder endlich aus Armut retten

Der SoVD fordert, Kinder besser vor den Folgen von Armut zu schützen. Diese Folgen hat eine im Juli veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung einmal mehr gezeigt. Auch bei den neuen Hartz-IV-Regelsätzen gehen Kinder und Jugendliche leer aus (siehe auch Titelthema der SoVD-Zeitung im September). Hinzu kommt, dass die Corona-Krise die Probleme noch verschärft hat.

„Arme Kinder brauchen echte Teilhabechancen. Wenn rund drei Millionen arme Kinder in Deutschland aufwachsen, dann verwehren wir ihnen soziale, kulturelle und gesundheitliche Chancen“, betonte SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der Bertelsmann-Studie – und mit ihm der Landesvorstand Mitteldeutschland.

„Die Ausgestaltung und Höhe der Regelsätze in ihrer jetzigen Form holt Kinder aus Armutsverhältnissen nicht heraus. Alle Kinder müssen gesund aufwachsen. Die kindliche Entwicklung entscheidet über ihre Zukunft von morgen. Sie dürfen nicht den Anschluss verlieren, aus der Gesellschaft ausgegrenzt und vergessen werden. Die Corona-Krise verschärft die Situation und ist der Tropfen auf den heißen Stein.“

In diesem Zusammenhang erinnert der Landesvorstand Mitteldeutschland daran, dass unter der Überschrift „Spaltungen verhindern, Zusammenhalt stärken – kein ‚Weiter so‘ bei den Regelsätzen“ sich der SoVD und weitere Verbände zusammen mit den Gewerkschaften an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und an Vertreter*innen demokratischer Parteien im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestages gewandt haben. Dabei

haben sie zum Ausdruck gebracht, dass die Kritiken an den vergangenen Verfahrensweisen zur Bemessung der Regelsätze an keiner Stelle des derzeit aktuellen Referentenentwurfs aufgegriffen wurden.

Gemeinsam mit weiteren Verbänden hat sich der SoVD dafür starkgemacht, die Dynamisierung der Regelsätze so auszugestalten, dass der Abstand zwischen den materiellen Mitteln der Grundsicherungsbeziehenden im Vergleich zu denjenigen der gesellschaftlichen Mitte nicht fortlaufend größer wird. „Weil die Löhne in den letzten

Jahren stärker gestiegen sind als die Preise, ist dieser Fall jedoch eingetreten“, sagt der Vorsitzende des Soziapolitischen Ausschusses (SPA) im SoVD Mitteldeutschland, Joachim Heinrich.

Der SoVD tritt deshalb vehement dafür ein, dass die Regelsätze jährlich entsprechend der Lohnentwicklung fortgeschrieben werden. Außerdem plädiert der SoVD dafür, die Regelsätze – wie auch vom Bundesverfassungsgericht wiederholt gefordert – endlich mittels einer transparenten Methode zu ermitteln, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert und auf willkürliche, sachlich nicht begründbare Abschlüsse verzichtet.

Hartz-IV-Regelsätze wirken sich direkt auf Kinder aus

SoVD Mitteldeutschland erinnert an den Brief an Minister Heil



Foto: V&P Photo Studio / Adobe Stock

Armut verletzt massiv die Teilhabe- und Schutzrechte von Kindern.

Corona-Maßnahmen im Alltag: Tipps der Verbraucherzentrale Sachsen

Sind Masken wiederverwendbar?

In Zeiten des Coronavirus sind sogenannte Alltagsmasken zum ständigen Begleiter geworden. Mindestens verringern können sie das Ansteckungsrisiko – aber nur bei richtiger Anwendung. Dazu gehört nicht nur, dass sie mehrlagig sein, am Rand eng anliegen und auch die Nase bedecken sollten.

So warnt die Verbraucherzentrale Sachsen davor, Mund-Nasen-Schutz sorglos mehrfach zu benutzen. Das gehe nur mit richtigem Umgang.

Berühren sollte man die Maske am besten nur an den Bändern und mit sauberen – gewaschenen oder desinfizierten – Händen. Zum Abnehmen an den Bändern anfassen und frei

aufhängen, sodass sie nichts berührt und trocknen kann, etwa an einem Haken. Die Innenseite sollte nicht berührt werden.

Beim Wiederanziehen die Bänder weit hinten greifen, das Gesicht in die Maske legen und sie befestigen. Nie sollten sich mehrere Personen eine Maske teilen.

Falls die Innenseite mit etwas von außen verunreinigt sein

könnte, gilt für Einwegmasken: wegwerfen! Sie kann man zu Hause nicht fachgerecht aufbereiten. Mehrwegmasken aus Stoff dagegen sind mit Waschmittel waschbar, am besten bei 60 Grad. 90 Grad seien unnötig. Sie stattdessen zu desinfizieren beeinträchtigt laut Robert-Koch-Institut die Schutzwirkung. *ele/Quelle: VZ Sachsen*



Kommentar

Gerangel um kommunale Gesundheitsversorgung

Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld sollte sich der Kreistag bei seiner turnusmäßigen Sitzung im Juli mit der Vorlage des Landrates zur Schließung der gynäkologischen Abteilung im kommunalen Gesundheitszentrum befassen. Proteste aus der Bevölkerung, von Parteien und anderen Gremien veranlassten den Landrat zur Rücknahme seines Entschlusses und zur zeitlichen Verschiebung der Angelegenheit.



Joachim Heinrich

Dreh- und Angelpunkt ist das Wirtschaftlichkeitsgebot, obwohl es gerade in der Frage der kommunalen Gesundheitspolitik vordergründig um die Sicherung der Daseinsfürsorge gehen sollte. Gewiss: In vielen Krankenhäusern herrschen Stress und hohe Arbeitsbelastung. Im Spannungsfeld zwischen Medizin und Pflege und deren ethischen Prinzipien steht auf der einen Seite Qualität und mit der Wirtschaftlichkeit auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren überall der Schwerpunkt in Richtung Ökonomie verschoben. Gleichgültig, ob sich die Einrichtungen in privater Trägerschaft befinden, in gemeinnütziger oder öffentlicher – nur wer Gewinne erzielt, kann sich halten. Das wurde zur Handlungsrichtung.

Wir erleben eine zunehmende Merkantilisierung in Krankenhäusern und meinen: Ökonomie an sich ist ja nichts Schädliches, wenn man mit dem Geld der Versicherungsgemeinschaft sparsam und vernünftig umgeht. Zunehmend Ärzt*innen, Krankenpflegepersonal und andere Mitarbeitende in Krankenhäusern unter Druck zu nehmen, um möglichst hohe Profite zu erzielen, ist zutiefst unethisch und kann nicht akzeptiert werden.

Sicher: Es werden zu wenig Kinder geboren! Eine solche Aussage beinhaltet sozialen Sprengstoff, die nicht mit Verordnungen regelbar ist.

Die zeitweilige Verlagerung der Bettenkapazität der Frauenklinik mit Geburtsstation in das Universitätsklinikum Halle im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie wurde als Notlösung verstanden. Nun daraus eine Dauerverlegung zu machen, bis hin zur Ausgliederung aus dem Profil des gesamten Gesundheitszentrums, findet bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Zustimmung.

Es ist daher geboten, neu nachzudenken und gemeinsam mit den kommunalen Gebietskörperschaften sinnvolle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des bisher erfolgreichen stationären und ambulanten Versorgungsniveaus im Gesundheitszentrum Bitterfeld-Wolfen mit allen Klinikbereichen zu ergreifen und dem Landrat als Handlungsempfehlung zukommen zu lassen.

Joachim Heinrich
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes
und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses

SoVD-Beratung

Der SoVD Mitteldeutschland lässt auch in der Corona-Krise niemanden im Stich. Seit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie geht er andere Wege, wenn eine persönliche Beratung nicht möglich ist: Um Anliegen der Mitglieder kümmert der Landesverband sich weiterhin gerne auch unter Tel.: 0391/2 53 88 97 oder E-Mail: info@sovd-mitteldeutschland.de.

Aktuelles Urteil

Kosten für Arbeitswege: Auch ein Taxi kann bei der Steuer als „öffentliches Verkehrsmittel“ anerkannt werden

Grundsätzlich können Arbeitnehmer*innen ihre Aufwendungen für Wege zwischen ihrer Wohnung und der ersten Arbeitsstätte unabhängig von der Entfernungspauschale (30 Cent für die einfache Strecke) vom steuerpflichtigen Einkommen bis zu maximal 4.500 Euro im Jahr abziehen, wenn sie ein „öffentliches Verkehrsmittel“ nutzen. Im Gegensatz zum Niedersächsischen Finanzgericht bejahte das Thüringer Finanzgericht, dass das auch ein Taxi sein kann. So konnte ein Steuerzahler seine Kosten für Taxifahrten, die er auf seinen Arbeitswegen genutzt hatte, bei der Steuer als Werbungskosten geltend machen. Der Bundesfinanzhof wird noch endgültig entscheiden (Thüringer FG, Az.: 3 K 490/19). *wb*

Termine

Kreisverband Schönebeck

15. Oktober: Ausflug nach Klaistow zum Kürbisfest; Busfahrt mit Mittagessen, Kaffee und Kuchen.

Kreisverband Wernigerode

6. Oktober und 3. November, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlungen, Heltauer Platz 1. Alle Termine pandemiebedingt unter Vorbehalt.



Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-mitteldeutschland.de

Kreisverband Wernigerode füllt das Motto „Gemeinsam statt einsam“ mit Leben

SoVD-Sommerfest mit Gästen

Sachsen-Anhalt Im August wurde eine Tradition fortgesetzt: Zum sechsten Mal seit 2015 hatte der Vorstand des Kreisverbandes Wernigerode unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ zum SoVD-Sommerfest eingeladen.

Nach den harten Einschränkungen durch die Corona-Pandemie war es für die Mitglieder eine Erleichterung, sich endlich wieder zum gewohnten Gedankenaustausch zu treffen. Birgit Jungtorius, 1. Vorsitzende, begrüßte im Auftrag des Vorstandes Mitglieder und Gäste. Darunter war auch wieder Angela Gorr, CDU-Landtagsabgeordnete. Für sie ist es ein schöner Brauch geworden, dabei zu sein.

Die Grillmeister verwöhnten alle mit Köstlichkeiten. In ungezwungenen Gesprächen ging es viel um Sorgen und Ängste der Mitglieder bezüglich der Pandemie. Aber auch fröhliche Momente trugen zu einem gelungenen Sommerfest bei. Mit einem Kaffeetrinken ging es gemächlich und entspannt zu Ende.

Besonderer Dank galt Jürgen Sahland von der Freimaurerloge „Zum starken Licht am Bro-

cken“, der dem Kreisverband zum wiederholten Male die Räume der Loge zur Verfügung stellte. Ebenso dankten die Mitglieder ihrem Vorstand, der die Veranstaltung mit viel Liebe, Hingabe und Herzblut organisiert hatte und durchführte.

Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ wird die Arbeit des Kreisverbandes Wernigerode auch in Zukunft im Interesse der Mitglieder sein.



Nach den Corona-Beschränkungen tat Gemeinschaft besonders gut.



Der engagierte Kreisvorstand.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise stehen alle Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten: montags bis donnerstags, 9–15 Uhr, nur nach telefonischer Absprache.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/774 8246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: 1. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 10–11.30 Uhr, und freitags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wer-

nigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45,

Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Wälder sind für alle da, aber es müssen Regeln beachtet werden

Der Wald ist nicht rechtsfrei

Ein entspannter Aufenthalt im Wald tut gut. Inzwischen ist sogar wissenschaftlich belegt, dass Besuche im Wald Körper, Geist und Seele positiv beeinflussen können. Doch für Waldbesucher*innen gelten auch Regeln. Welche Vorgaben im Wald zu beachten sind, zeigt folgendes „Wald-ABC“.

Betretten: Grundsätzlich darf jede*r einen Wald oder ein Waldstück betreten – egal, wem der Forst gehört. Das steht im Bundeswaldgesetz. Es gilt ein allgemeines Betretungsrecht für Fußgänger*innen.

Fischen: Zum Angeln wird, neben dem Angelschein, die Erlaubnis der Fischereiberechtigten benötigt. Das ist oft der Waldbesitzer.

Geocaching: Geocacher sollten den Waldbesitzer um Erlaubnis bitten, bevor sie den Koordinaten nachgehen. Sie sollten – gerade nachts – Rücksicht auf die Tiere nehmen.

Grillen: Ge grillt werden darf nur auf ausgewiesenen Plätzen. Gegen „freies Grillen“ spricht die hohe Brandgefahr.

Hochsitz: Es ist nicht erlaubt, auf einen Hochsitz zu klettern. Hier kann ein Ordnungsgeld drohen. Die Jäger*innen sollen vor haftungsrechtlichem Ärger geschützt werden. Wäre der „Aufstieg“ offiziell erlaubt oder geduldet und es fällt jemand herunter: Schmerzensgeld- und Schadenersatzstreitigkeiten wären die Folge.

Holz sammeln: Weil Holz kein Abfall ist, sondern Nährboden für Pilze und kleine Tiere, darf es nicht einfach so gesammelt werden. Wer sich daran bedient, begeht Diebstahl. Am Boden liegende Äste oder Rinden dürfen hingegen für den eigenen Gebrauch mitgenommen werden. Blumenfreund*innen dürfen einen „Handstrauß“ pflücken; Pflanzen ausgraben jedoch nicht.



Foto: plprod / Adobe Stock

Pilze sammeln im Wald ist erlaubt – allerdings nur in handelsüblichen Mengen.

Hunde: Normalerweise müssen Hunde im Wald an die Leine. Frei laufen dürfen sie in Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wenn Frauchen oder Herrchen das Tier mit Rufen kontrollieren können. In Nordrhein-Westfalen gilt das nur für die Wege.

Pilze und Beeren: Im Herbst stehen Steinpilze und Pfifferlinge ganz oben im „Waldkurs“. Im Sommer sind es verschiedene Beerensorten. Aber es dürfen nur „haushaltsübliche Mengen“ gepflückt werden. Stellt sich jedoch heraus, dass der*die Sammler*in, (auch nur einen Teil der Ernte) verkaufen will, so kann es nach dem Bundesnaturschutzgesetz beziehungsweise der Bundesartenschutzverordnung ein Bußgeld geben. Je nach Schwere des Verstoßes können bis zu 5.000 Euro fällig

werden. In der Verordnung sind auch die „freigegebenen“ Arten genannt. Unter anderem sind das Steinpilze und Pfifferlinge sowie Brätlinge und Morcheln. Die einzelnen Länder haben darüber hinaus das Recht, weitergehende Ausnahmen zuzulassen. Geschützte Arten müssen im Wald bleiben.

Radfahren: Fahrradfahrer dürfen nur in den Wald, wenn die Wege dazu geeignet sind und die Einfahrt nicht verboten ist. Ab einer Breite von mindestens zwei Metern spricht meist nichts dagegen. Radler*innen dürfen nur von den Wegen abweichen, wenn zum Beispiel für Mountainbikes Strecken extra ausgewiesen sind. Und natürlich ist es verboten, mit dem Auto durch den Wald zu fahren.

Rauchen: Raucher*innen müssen im Wald meist abstinieren bleiben. Es gilt ein bundesweites Rauchverbot von März bis Ende Oktober. Der Hintergrund ist klar: Ein Funke kann einen Brand verursachen.

Reiten: Ein Ritt querfeldein ist verboten. Nach dem Bundeswaldgesetz darf nur auf Straßen und Wegen geritten werden. Manche Bundesländer legen die Regel strenger aus. So dürfen zum Beispiel in Berlin und Niedersachsen Reiter*innen nur ausgewiesene Wege nutzen.

Übernachten: Eine laue Sommernacht im Wald zu verbringen, ist nicht pauschal verboten. Natürlich darf niemand seinen Müll dort hinterlassen oder einfach ein Lagerfeuer entfachen. Ein Zelt sollte nicht ohne Erlaubnis der Waldbesitzer aufgestellt werden.

Wer sich nicht an die Regeln hält, dem drohen Bußgelder. Verboten ist es zum Beispiel, ein Haustier im Wald zu beerdigen. Dies kann als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldstrafe von bis zu 15.000 Euro geahndet werden. Absperrungen sollten grundsätzlich respektiert werden. Denn der Wald ist auch ein Arbeitsplatz. So wird Holz für den Verkauf geschlagen oder Förster*innen untersuchen den Wald auf Schädlinge und entfernen kranke oder schwache Bäume. Deswegen sollten Spaziergänger*innen stets achtsam sein. mh



Foto: Heiko Barth / Adobe Stock

Der Horror für jede*n Autofahrer*in: Ein*e Geisterfahrer*in kommt entgegen. Zum Ausweichen bleibt kaum eine Chance.

Der ACE gibt Tipps für das richtige Verhalten

Gefährliche Falschfahrer

Kommt ein Falschfahrer entgegen besteht Lebensgefahr. Der ACE, Deutschlands zweitgrößter Autoclub, gibt Hinweise, wie die Unfallgefahr mit einem Falschfahrer verringert werden kann und was zu tun ist, wenn man selbst zum Geisterfahrer wird.

Jährlich werden auf Deutschlands Autobahnen schätzungsweise 2000 Falschfahrten gemeldet. Autobahn-Zufahrten, Autobahnkreuze und Rastplätze sind Schlüsselstellen, potenziell in falscher Richtung auf die Autobahn zu gelangen. Statistisch gesehen ist ein Geisterfahrer-Unfall zwar selten, aber die damit verbundenen Gefahren sind lebensbedrohlich, die Unfallfolgen oft verheerend. Deshalb ist es wichtig, im Ernstfall richtig zu reagieren, um schwere Verkehrsunfälle zu verhindern.

Sobald Kenntnis über eine*n Geisterfahrer*in in der Nähe des befahrenen Streckenabschnitts besteht, rät der ACE, Folgendes zu beachten:

- Radio und Verkehrsfunk einschalten.
 - Ruhe bewahren und Geschwindigkeit kontrolliert verringern.
 - Warnblinkanlage einschalten.
 - Nutzung des äußersten rechten Seitenstreifens. Gegebenenfalls vorsichtig auf die rechte Fahrspur wechseln.
 - Keinesfalls überholen.
 - Abstand zur*m Vorausfahrenden halten.
 - Abfahren am nächsten Park- bzw. Rastplatz oder an der nächstgelegenen Ausfahrt.
 - Seitenstreifen zum Ausweichen im Notfall im Auge behalten.
- Falls es passieren sollte, dass man selbst versehentlich falsch auf die Autobahn auffährt, rät der ACE:
- Warnblinkanlage und Licht einschalten, um besser gesehen zu werden.
 - Tempo reduzieren.
 - Wenn möglich auf den Standstreifen wechseln, anhalten, aussteigen, Warnweste anlegen und den Notruf wählen.
 - Hinter der Leitplanke Schutz suchen und auf das Eintreffen von Polizei, Feuerwehr oder Rettungskräften warten.
 - Keinesfalls versuchen, das Fahrzeug zu wenden oder im Rückwärtsgang die Autobahn zu verlassen.

ACE-Hinweis: Bemerkt man selbst eine*n Geisterfahrer*in, sofort die Polizei mit Angaben der Position verständigen. Keinesfalls sollte auf eigene Faust versucht werden, eine*n Geisterfahrer*in zu stoppen.



Foto: michaelheim / Adobe Stock

Den Hund ohne Leine im Wald laufen zu lassen, kann ein Risiko sein, wenn unterwegs der Jagdtrieb durchbricht.

Barmer Zahnreport 2020 mit bedenklichen Zahlen

Mehr Karies bei Kindern

Ein Drittel der Zwölfjährigen in Deutschland hat bereits Karies im bleibenden Gebiss. Bislang war man davon ausgegangen, dass sie etwa jedes fünfte Kind betrifft. Somit wurde Karies deutlich unterschätzt. Das geht aus dem aktuellen Barmer-Zahnreport hervor.

„Zahnpflege darf nicht erst im bleibenden Gebiss beginnen, sondern sollte schon bei den Milchzähnen zur täglichen Routine gehören. Dass hier offenbar deutliche Defizite bestehen, zeigt unser Zahnreport sehr eindrücklich. Das beste Mittel gegen Karies ist immer noch die Prävention. Dazu gehören neben der täglichen Zahnhygiene wie Zähneputzen auch die regelmäßigen Zahnarztbesuche. Doch daran scheint es zu hapern“, sagte Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer Krankenkasse. Der Anteil der Kinder, die über einen Zeitraum von sechs Jahren überhaupt keinen Kontakt zu einem Zahnarzt*ärztin gehabt hätten, sei erstaunlich hoch. Bei den Kindern unter sechs Jahren seien es sogar mehr als 15 Prozent. Bei 4,6 Millionen Kindern unter sechs Jahren seien also 720.000 nie beim Zahnarzt gewesen.

Wie aus dem Zahnreport weiter hervorgeht, haben Kinder oftmals bereits im Milchgebiss Karies. 54 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland, also rund 400.000 Kinder, haben hier schon eine Kariesbehandlung benötigt. Diese Zahlen seien nicht nur aufgrund der Quantität alarmierend. „Wer schon im Milchgebiss Karies hat, wird oft auch Karies und Folgeschäden im bleibenden Gebiss haben. Nicht zuletzt verursacht auch die Milchzahnkaries zum Teil starke Schmerzen und führt dann zu psychischer Belastung von Kindern und Eltern. Es sind in jedem Fall weitere Anstrengungen erforderlich, um die Zahngesundheit der Kinder und Jugendlichen im Milch- und bleibenden Gebiss zu verbessern“, sagte Studienautor Prof. Dr. Michael Walter von der Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik an der TU Dresden. Eine Schutzmaßnahme gegen Karies in den bleibenden Backenzähnen sei die sogenannte Fissurenversiegelung, so Zahnreportautor Walter weiter. Allerdings hielten nur 35,3 Prozent der erstmaligen Versiegelungen bei Heranwachsenden länger als neun Jahre. „Die Haltbarkeit von Fissurenversiegelungen ist geringer als erwartet und bedarf der regelmäßigen zahnärztlichen Kontrolle. Das eigentliche Ziel, eine Karies zu vermeiden, wird aber auf lange Sicht offensichtlich zumeist erreicht“, sagte Walter. In über 80 Prozent der Fälle habe eine Versiegelung eine Füllung mindestens neun Jahre lang verhindern können.

5 Termine

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Kreisverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

KV Parchim

Jeden Dienstag, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung, Vergabe für Termine der Rechtsberatung unter Tel.: 03871 / 44 42 31.

KV Wismar

14. Oktober, 13–16 Uhr: Rechtsberatung, Anmeldungen bis zum 13. Oktober, 9-10 Uhr.

21. Oktober, 9.30–11.30 Uhr: Klönfrühstück, Anmeldungen bis zum 20. Oktober.

6. Oktober, 14–16 Uhr: Herbstfest bei Kaffee und Kuchen.. Anmeldung bis zum 29. September.

Rechtsberatung

Grevesmühlen / Wismar: 14. Oktober, Parchim: 21. Oktober, Neubrandenburg / Demmin: 28. Oktober. Es berät Doreen Rauch. Nordvorpommern: 6. Oktober, Greifswald: 13. Oktober, Rügen: 20. Oktober, Röbel: 27. Oktober. Es berät Donald Nimsch.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen rechts in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Verbraucherzentrale gibt Hinweise bei Kündigung von Bausparverträgen

Stimmen die Konditionen noch?

Wenn die Ansparphase bei Bausparverträgen vorbei ist und die Verträge zuteilungsreif werden, wird Ihre Bausparkasse auf Sie zukommen und Sie darauf hinweisen, dass nun die Möglichkeit besteht, ein Darlehen zu den bei Vertragsabschluss vereinbarten Konditionen zu nutzen. Die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern gibt Tipps, was dann zu beachten ist.

Ein Darlehens-Tipp der Verbraucherzentrale:

Vergleichen Sie die Darlehenskonditionen Ihres Bausparvertrages mit den aktuell auf dem Markt erhältlichen Zinssätzen! Oftmals sind die aktuellen Konditionen für Sie als Darlehensnehmer*in günstiger als das, was Ihre Bausparkasse vor Jahren mit Ihnen vereinbart hat.

Viele Altverträge sind damals jedoch nicht nur verkauft worden, um ein zinsgünstiges Darlehen zu erhalten, sondern sie wurden auch als Geldanlageprodukte verkauft. Wer das Darlehen nicht in Anspruch nimmt und somit die Bausparergemeinde nicht belastet, dem stehen im Gegenzug bei vielen der Altverträge Bonuszinsen zu. Wer einen solchen Vertrag hat, muss jetzt jedoch aufpassen. So nach und nach sind diese Altverträge entweder voll bespart oder sogar seit mehr als zehn Jahren zuteilungsreif. In beiden Fällen kann die Bausparkasse den Vertrag kündigen. Manche Bausparkassen gehen seit einiger Zeit dazu über, die Verträge zu kündigen und den Sparer*innen die Bonuszinsen zu verweigern, auch wenn das Darlehen nicht in Anspruch genommen wurde.

Da diese Praxis vereinzelt von Gerichten gestützt wird, sollten Verbraucher*innen ihre Bausparverträge im Auge behalten. So hatte zuletzt das Oberlandesgericht Nürnberg entschieden, dass es für die Auszahlung der Bonuszinsen nicht ausreicht, wenn das Darlehen nicht in

Anspruch genommen wurde. Bei Nichtinanspruchnahme kündigen Bausparkassen manchmal Altverträge

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg,



Foto: nopparat / Adobe Stock

Nicht jede*r Bausparer*in will ein Haus bauen. Oft wurden sie als Anlage genutzt. Inzwischen sind die Zinsen aber stark gesunken.

Anspruch genommen wird. Das Gericht verlangte, dass Sparer den Verzicht auf das Darlehen ausdrücklich hätte erklären

müssen, bevor die Bausparkasse den Vertrag kündigt. Da diese Formalität in

dem konkreten Fall nicht erfüllt war, brauchte die Bausparkasse nicht das zinsgünstige Darlehen auszuzahlen und konnte zusätzlich die Bonuszinsen einbehalten. Bis der Bundesgerichtshof diese Praxis gegebenenfalls wieder gerade rückt, sollten Verbraucher*innen mit

solchen Bonusverträgen den Verzicht auf das Bauspardarlehen ausdrücklich erklären, um sich die ihnen zustehenden Bonuszinsen auch tatsächlich zu sichern.

Dazu ein Rat der Verbraucherzentrale: Sie müssen nicht zwingend Ihren Vertrag sofort

kündigen. Prüfen Sie, ob Sie das bisher angesparte Guthaben weiterhin mit einem guten Zinssatz vermehren möchten. Aber achten Sie darauf, dass Sie die vereinbarte Guthabengrenze nicht überschreiten, eine Vertragskündigung Ihrerseits vor Ablauf der 10-Jahresfrist nach Zuteilungsreife aussprechen und ausdrücklich den Verzicht auf den Bauspardarlehensanspruch schriftlich erklären.

Wenn Sie Ihren Bausparvertrag überprüfen lassen möchten, um das Optimum aus den guten Zinssätzen der früheren Jahre zu erwirtschaften, wenden Sie sich gern an die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern

e.V. Die Spezialisten beraten Sie gern. Telefonische Terminvereinbarungen sind möglich unter der Rufnummer 0381/20 87 050. *Quelle: Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern*

Mit einer Erklärung die ausstehenden Bonuszinsen sichern

Briefe an die Redaktion

„Rente fällt mager aus“

In der Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Anrecht auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zum Titel im Juli / August, „Die Renten steigen mit Recht“, beschreibt Herbert Seerag aus Bad Bevensen erlebte Realitäten:

Um einen Rentenpunkt in einem Kalenderjahr zu erwirtschaften, wird bereits im Jahr 2020 ein Jahresdurchschnittsentgelt aller Deutschen von 40.548 Euro brutto zugrunde gelegt. (...) Ich frage mich, welcher Arbeitnehmer erreicht in strukturschwachen Gebieten diese Lohngrenze? (...) Wenn Menschen aus privaten Gründen, wie zum Beispiel Kindererziehung, nur in Teilzeit arbeiten können oder wenn jemand aufgrund von Erkrankungen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, dann fällt die Rente noch magerer aus. (...) Ob die eingeführte Grundrente zum 1. Januar 2021 den entsprechenden Durchbruch bringen wird, bleibt abzuwarten.

Oliver Wilcek aus Petershagen stört bei dem Thema noch anderes:

*(...) Gerade wenn es im Rechtssystem nach Karlsruhe geht, ist es ein großer Unterschied, ob man Rente oder Pension erhält. Leider bekommen die Richter am Bundesverfassungsgericht kaum eine Rente, sondern eine Pension. In meinen Augen sind die Richter doch in ihrer Rechtsprechung befangen. Was wäre, wenn es keinen Unterschied mehr zwischen Rente und Pension gäbe? Dann würden auch die Rentner*innen besser dastehen. Doch damit alle in einen Topf zahlen und auch herausbekommen, müssten gerade Personen dazu gebracht werden, diesem zuzustimmen, welche sich selbst in Zukunft aus der Pensionskasse (...) bedienen. (...)*

Auch 2020 wieder tatkräftiger SoVD-Einsatz beim Berliner Freiwilligentag

Möbel für Therapie-Wohngruppe

Erneut beteiligte sich der SoVD-Bundesverband an der Berliner Freiwilligenwoche. Der SoVD-Freiwilligentag fand im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ statt, die diesmal auf den 11. bis 20. September fiel. Die Mitarbeitenden des SoVD halfen einer Jugendeinrichtung.

Als kleine Tradition hat sich in den letzten Jahren der Einsatz im Kinderhaus Berlin-Mitte e. V. bewährt. Dieses hat jetzt ein neues Projekt, bei dem die Hilfe vom SoVD gerade recht kam:

Das Kinderhaus etabliert derzeit eine therapeutische Mädchen-WG in Berlin-Karow und richtet Therapie- und Mehrzweckzimmer ein. Hierfür hatten hauptamtliche Mitarbei-

tende der Bundesgeschäftsstelle Möbel organisiert, vom Tisch bis zum Schrank, und bauten sie vor Ort auf. Es entsteht ein schöner Rückzugsort für sozial benachteiligte Mädchen.



In Zweiertteams baute ein Dutzend Freiwilliger Möbel auf, die der SoVD den Mädchenräumen spendete, hierv. li.: Dominique Botembe, Ralf Bergfeld, Diana Dubiel, Michael Meder (stellv. Bundesgeschäftsführer).

Gut informiert. Gut beraten. Immer und überall.



Fotos: contrastwerkstatt; Andrey Popov / Adobe Stock; Montage: SoVD

Rund 600.000 Menschen sind Mitglied im Sozialverband Deutschland, SoVD. Ihnen steht ein flächendeckendes Netz von Zentren und Büros zur Verfügung, in denen sie sich in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten beraten lassen können. Monatlich informiert zudem die Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ über die Verbandsarbeit und aktuelle sozialpolitische Themen.

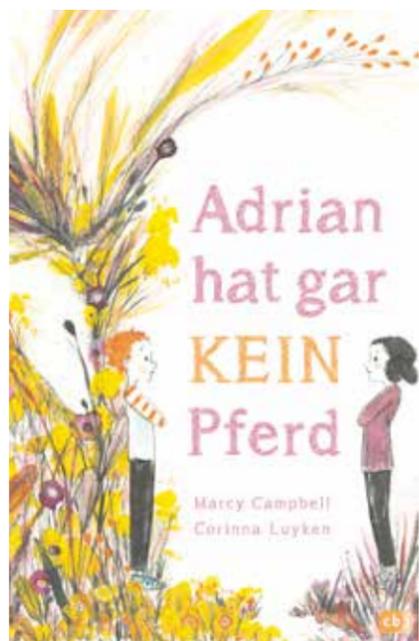
Über die Internetseite www.sovd.de, das Online-Magazin und die SoVD-Magazin-App sind Informationen rund um die Uhr auch digital verfügbar. Die App gibt es kostenlos im App Store für IOS oder im Google Play Store für Android.

Mit SoVD-TV stellt der Verband darüber hinaus eigene Filmbeiträge auf Youtube bereit und ist selbstverständlich auch in den sozialen Medien (Facebook, Twitter) vertreten.

Tipp für Kinder

Voll durchgeblickt

Adrian hat gar kein Pferd Der Einfluss von schlechter Luft



Zoe ärgert sich, dass ihr Mitschüler Adrian immer von seinem Pferd erzählt. Angeblich hat es eine goldene Mähne und ist das schönste und beste Pferd auf der ganzen Welt. Dabei hat Adrian doch gar kein Pferd! Wo sollte es denn bitteschön auch leben – in dem kleinen, schäbigen Haus mit dem winzigen Vorgarten etwa? Je mehr Adrian in den höchsten Tönen von seinem Pferd schwärmt, desto wütender wird Zoe. Dann jedoch macht sie eine verblüffende Entdeckung: Adrian mag vielleicht kein echtes Pferd

haben, aber in seiner Fantasie ist alles möglich. Zoe muss es nur sehen wollen.

Marcy Campbell: Adrian hat gar kein Pferd. Cbj Kinderbücher, 40 Seiten, mit farbigen Illustrationen, ISBN: 978-3-570-17647-4, 15 Euro.

Möchtet ihr eines der Bücher gewinnen? Dann schreibt uns einfach eine E-Mail unter dem Stichwort „Adrian hat gar kein Pferd“ per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober. Viel Glück!

Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur ist Luftverschmutzung wirklich schlecht für Menschen. Rund 400.000 Personen sterben jährlich in Europa aufgrund der Umweltgefahren, die von Luftverschmutzung ausgehen. Besonders in größeren Städten und Metropolen ist dies ein Problem.

Luftverschmutzung wird durch schädliche Stoffe in der Luft verursacht. Besonders schädlich für Menschen sind giftige Gase wie Stickoxide, die hauptsächlich von Autos und Lastwagen mit Verbrennungsmotoren ausgestoßen werden. Zudem gibt es noch Feinstaub in der Luft. Dieser wird durch Abrieb von Auto- oder Fahrradreifen oder durch Fabriken verursacht, wo Feinstaub durch die Schornsteine in die Luft gelangt. Über die Luft können die kleinen Partikel in die Lunge eindringen. Bei Kindern können die Schadstoffe bereits Asthma auslösen. Bei Erwachsenen sind es vor allem Herzkrankheiten, die zu einem frühen Tod führen können. Die Menschen in den Städten sind aber auch noch mehreren Risiken ausgesetzt. Neben Luft- und Wasserverschmutzung sowie Lärmbelastigung und Chemikalien können verschiedene Kombinationen daraus verstärkend auf die Gesundheit wirken. Dort



Foto: Lewis Tse Pui Lung / Adobe Stock

In chinesischen Städten ist die Luftqualität nicht sehr gut. Aber auch deutsche Städte wie Stuttgart haben das Problem.

wo Menschen weniger Zugang zu Grün- und Wasserflächen haben, sind sie besonders anfällig für Krankheiten. Aus diesem Grund ist eine gesunde Natur ein Schlüsselmechanismus für die Erhaltung der öffentlichen Gesundheit. Mehr Parks und mehr Gärten in den Städten wären nicht nur für das Auge schön, sondern fördern Wohlbefinden und bieten Raum für körperliche Betätigung, Entspannung und soziale Integration. Darüber hinaus können Pflanzen einige giftige Schadstoffe aus der Luft herausfiltern.

Anzeige

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540

über 115 Jahre

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

2 zum Preis von 1 Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400 mg reines Magnesium.

Aktion im Oktober 2020: Zu jeder Packung 1 Packung GRATIS!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € 17,50

Erotisan-Manneskraft

Erotisan-Manneskraft unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz (Muiru puama), Damianablättern und Sabalfrüchten sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende, die Libido fördernde Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 142 1-Liter-Flasche € 17,50
Best.-Nr. 1042 3er-Packung (je 1 Liter = 16,00 €) € 48,00

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müllis oder zur Vermischung mit Saft.

vegetarisch, glutenfrei, vegan

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = 24,00 €) € 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = 22,00 €) nur € 11,00

Grünlippmuschel-Kapseln

Enthalten Glycosaminoglykane, die natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines neuseeländisches Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 170 Kapseln für 2 Monate € 12,50
Best.-Nr. 1850 340 Kapseln für 4 Monate € 23,00

Vitamin B12 Supra-200 µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten für 4 Monate € 6,50
ab 3 Packungen nur € 5,95

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate € 13,50
ab 3 Packungen nur € 12,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

2-Monatspackung FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück** Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Alle Informationen zu unseren Produkten finden Sie unter www.kraeuterhaus.de. Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz sovd201032

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____

Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
 Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
 Helfensteinstr. 47, Abl. 32
 73342 Bad Ditzgenbach
 Tel.: 073 34/96 540
 Fax: 073 34/96 5444
 Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

 **Zeitmaschine**

Die Vollendung der Einheit

Die Teilung Deutschlands endete vor 30 Jahren am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der fünf DDR-Länder zur westdeutschen Bundesrepublik. Hunderttausende aus dem In- und Ausland feierten in Berlin zwischen Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor. Zu den Klängen der Freiheitsglocke wurde um Mitternacht am großen Fahnenmast vor dem Reichstag die Bundesflagge gehisst. Feuerwerk säumte den Himmel Berlins und die vierzigjährige Teilung Deutschlands war politisch überwunden.

Nachdem eine friedliche Revolution das sozialistische Regime der DDR bereits im Jahr 1989 faktisch zu Fall gebracht hatte, vollzog sich die Wiedervereinigung in atemberaubender Geschwindigkeit. Den Ruf der Bürger*innen der DDR nach Wiedervereinigung hatte den Weg für den Mauerfall und die Öffnung der Grenze erzwingen und somit die deutsche Frage Ende 1989 wieder auf die internationale Agenda gesetzt. Die Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau machte schließlich den Weg frei für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.



Foto: Wolfgang Kumm/picture alliance

Hunderttausende Bürger*innen feierten rund um das Reichstagsgebäude am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit.

Paris, London und Moskau hatten zunächst Vorbehalte
Doch nicht jeder war glücklich über die gesellschaftlichen Umbrüche in der DDR. Der Weg zu den Verhandlungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrages gestalteten sich schwierig. Besonders die beiden westeuropäischen Statusmächte Frankreich und Großbritannien trieb die Sorge um, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das politische Gewicht in Europa zu seinen Gunsten verschieben könnte. Besonders die

britische Premierministerin Margaret Thatcher, die als Jugendliche den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatte, wollte anfangs die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern. Dass sich Frankreich und Großbritannien am Ende doch für die Vertragsverhandlungen offen zeigten, war der Haltung der USA zu verdanken. Die sowjetische Regierung unter Präsident Gorbatschow gab erst Ende Januar 1990 grünes Licht für die Verhandlungen, nachdem offensichtlich war, dass der wirt-

schaftliche Kollaps der DDR nicht aufgehoben werden konnte. Als man im Juli auch die Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nach der Wiedervereinigung geklärt hatte, unterzeichneten die Außenminister der sechs Länder den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, wie der Zwei-Plus-Vier-Vertrag offiziell hieß. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR regelte, dass der „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober Nationalfeiertag wurde.

 **Buchtipps**

Das Verschwinden des Dr. Mühe

Ein angesehener Arzt verschwindet über Nacht. Sein Sportwagen wird verlassen am Ufer eines Sees bei Berlin gefunden. Die Mordkommission stößt hinter der Fassade des ehrenwerten Doktors auf die Spuren eines kriminellen Doppellebens.

Oliver Hilmes hat die Akten dieses Kriminalfalls aus der Spätzeit der Weimarer Republik im Berliner Landesarchiv entdeckt. Für seinen Roman setzt er das mysteriöse Puzzle zusammen und erzählt von den Abgründen einer bürgerlichen Existenz am Vorabend der Diktatur.



Oliver Hilmes: *Das Verschwinden des Dr. Mühe*. Penguin Verlag, 240 Seiten, ISBN: 978-3-328-60138-8, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Stichwort bzw. dem Betreff „Das Verschwinden des Dr. Mühe“ per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

 **Denksport**

Löse die Eintrittskarte zum Wundergarten



Grafiken: ratpack223; photosvac/Adobe Stock, Montage: SoVD

Bei einem gemeinsamen Ausflug treffen vier heitere Wandernde im Wald plötzlich auf eine verwunschene Brücke, die über einen mit Uferblumen gesäumten Bach verläuft. Vor ihren Augen erscheint eine Waldfee, die sie freundlich begrüßt: „Wenn ihr über die Brücke zum Wundergarten wollt, müsst ihr zuerst ein Rätsel lösen.“ Die Wandernden willigen ein. Vor ihren Augen erscheinen im magischen Feinstaub die Buchstaben E-O-S. „Erkennt die vier Schlüsselwörter. In jedem dieser Schlüsselwörter sind die drei Buchstaben enthalten. Die Anfangsbuchstaben der Schlüsselwörter bilden das Eintrittswort. Das erste Schlüsselwort strahlt am Himmel, das zweite findest du in der Wüste. Das dritte Wort sollte jeder Mensch im Leben haben, aber ein Bundeskanzler meinte auch, dass man damit „zum Arzt gehen“ sollte. Das vierte öffnet man, um an die konservierten Früchte zu kommen.“ Die Wandernden schauen sich an und grübeln. Sie lösen das Rätsel schnell und verbringen einen schönen Tag im Wundergarten. Können Sie es auch lösen? **Die Auflösungen stehen wie immer auf Seite 18.**

 **Gibt's doch gar nicht, oder?**

Hausen ist häufigster Ortsname

Schaut man auf die Landkarte Deutschlands, so findet man fast 93 mal den Namen „Hausen“ als Ortsnamen einer Gemeinde, eines Ortsteils oder einer Wüstung. Seine Wortherkunft bezieht sich klar auf die feste Behausung des Menschen, die anfangs allerdings häufig alleine auf weiter Flur zu finden war.

Ein einzelnes Haus bildet noch kein Dorf. Ein einzelnes Haus in der Landschaft ist höchstens ein Weiler. Doch gerade sind es diese Orte, die typischerweise im Zuge der fränkischen Landnahme im späten fünften und siebten Jahrhundert aus einem Haus entstanden sind und mit der Zeit zum Dorf oder sogar zur Stadt erwachsen. Nicht umsonst finden wir heute fast zwei Drittel der Orte dieses Namens in Bayern und Baden-Württemberg, weil die Erweiterung des Karolingerreiches hier seinen Ausgang fand.

Auch die Namensendung „-hausen“ ist stark verbreitet. In Frankfurt am Main gibt es sogar beide Typen: Frankfurt-Hausen als Stadtteil und Sachsenhausen als Stadtteil mit Namensendung.

Frankfurt-Hausen ist mit mehr als 7.000 Einwohner*innen auch das größte „Hausen“ in Deutschland. Viele namensgleiche Orte verblieben hingegen in der durchschnittlichen Dorfgröße.



Foto: stefanasal/Adobe Stock

Hausen im Wiesental in Baden-Württemberg ist nur eine von vielen Gemeinden mit dem Namen Hausen in Deutschland.

Hausen ist somit der häufigste Ortsname in Deutschland. Alleine zwölf eigenständige Gemeinden und unzählige Stadt- oder Ortsteile tragen diesen Namen.

Buchtipps

Der Wert der Geschichte

Der Historiker Magnus Brechtken zeigt an zehn Beispielen, wie hart die Werte von Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe erkämpft wurden, wie sehr sie das Leben der Menschen verbessert haben – und warum diese Errungenschaften heute auf dem Spiel stehen, durch Nationalisten und Populisten.



Welche Rechte hatte ein Bürger vor 150 Jahren? Wie selbstbestimmt war das Leben einer jungen Frau um 1900? Und welche Autoritäten prägten die Existenz der Menschen damals? Brechtkens Buch ist ein eindringlicher Aufruf gegen die Geschichtsvergessenheit: Wir müssen immer wieder neu für die Werte der Freiheit kämpfen!

Magnus Brechtken: *Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart.* Siedler Verlag, 304 Seiten, ISBN: 978-3-8275-0130-1, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches von Markus Brechtken gewinnen? Dann schicken Sie unter dem Betreff „Der Wert der Geschichte“ entweder eine E-Mail an: redaktion@sovd.de oder schreiben Sie unter dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Hätten Sie's gewusst?

Englisch hat die meisten Wörter

Laufend etwas Neues: Englisch ist mit deutlichem Abstand die Sprache mit den meisten Wörtern. Das vollständigste englische Wörterbuch, das „Oxford English Dictionary“, umfasst über 600.000 Begriffe. Das „Deutsche Wörterbuch“ der Gebrüder Grimm schafft es da „nur“ auf knapp 350.000 Stichwörter.

Muttersprachler*innen kommen meistens mit 14.000 Wörtern aus. Egal ob Chinesisch, Englisch oder Deutsch: Viele Wörter werden in einer Sprache nicht mehr gebraucht, verschwinden aber nur langsam aus den Wörterbüchern. Jedoch müssen ständig neue Dinge benannt werden. Deswegen nimmt der Wortschatz zu. Das Englische bedient sich hierbei oft aus anderen Sprachen und hat daher für ein und dasselbe Wort viele Ausdrücke. Paradoxe Weise kann man sich im wortreichen Englisch mit nur 400 Wörtern und 40 Verben recht gut verständigen.



Foto: vvoe / Adobe Stock

Im „Global Language Monitor“ wurde 2009 mit „Web 2.0“ das millionste englische Wort verzeichnet. Keine Sprache hat mehr Wörter.

Redensarten hinterfragt

„Wau!“: Vorsicht, bellender Hund

„Hunde, die bellen, beißen nicht!“ Diese Redensart dürfte jedem Menschen bekannt sein, selbst wenn er kein Haustier besitzt oder Tierfreund*in ist. Umgangssprachlich bedeutet der Volksspruch, dass die lautesten Hunde eigentlich die harmlosesten sind. Doch stimmt das eigentlich?

Es gibt viele Gründe, warum ein Hund bellt. Einige davon sind durchaus positiv: Freude oder Erregung, Begrüßung von Artgenossen und Besitzern, zur Spielaufforderung und zur Aufmerksamkeit. Doch es gibt auch „negatives“ Bellen, das etwa Aggression, Revierverteidigung, Wut oder Angst und Unsicherheit ausdrückt. Hier gilt es besonders auf die Körpersprache des Hundes zu achten. Wenn dieser beispielsweise eine entspannte Haltung einnimmt, die

Ohren nach hinten richtet und mit seinem Schwanz wedelt, möchte der bellende Hund freundlich mit Artgenossen oder mit Menschen Kontakt aufnehmen. Ist der Vierbeiner allerdings körperlich versteift, steht starr auf allen vier Beinen und bellt ohne sich zu rühren, ist es durchaus ratsam auf Abstand zu gehen. Aus diesem Grund ist diese Volksweisheit mit Vorsicht zu genießen, auch wenn ziemlich viel zusammenkommen muss, bevor ein Hund zubeißt.

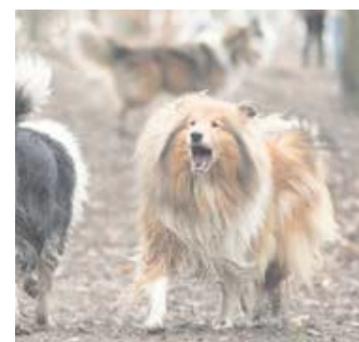


Foto: Carola / Adobe Stock

Ein Collie begrüßt bellend einen Artgenossen im Stadtpark.

Variante: LEICHT

7	8				9	6	
	2		○				
	6	4	2		9	5	3
	8	3			5		7
2				6		○	9
	9		1			2	3
6	4		3	1	8	9	
○							2
	7	9				3	4

Auflösung des Vormonats

7	9	5	4	8	6	3	2	1
4	1	2	5	9	3	6	8	7
8	3	6	1	7	2	4	5	9
3	8	7	6	5	4	9	1	2
5	6	1	3	2	9	7	4	8
9	2	4	8	1	7	5	6	3
2	5	3	7	6	1	8	9	4
6	7	9	2	4	8	1	3	5
1	4	8	9	3	5	2	7	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

		4				7	9	5
	○	2	8		7			
7	6							3
2			6			8	4	
				8		○		
	1	3			2			9
	5						7	2
			1		4	9		
3	9	1	○			4		

Auflösung des Vormonats

9	8	1	7	4	3	2	5	6
7	4	5	2	1	6	3	9	8
6	2	3	8	9	5	4	7	1
8	5	9	3	6	1	7	4	2
1	6	2	5	7	4	9	8	3
3	7	4	9	2	8	6	1	5
5	1	6	4	3	7	8	2	9
2	3	7	1	8	9	5	6	4
4	9	8	6	5	2	1	3	7

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Des Rätsels Lösung

Schau mir in die Augen! (Ausgabe September 2020, Seite 16)

Auf dieser Seite sind zwei Lösungen möglich. Zählt man nur die Monster in den farblich

hinterlegten Feldern, ergeben sich 25 Augen. Zählt man alle Monster auf der Seite, so sieht man 36 Augen.

Löse die Eintrittskarte zum Wundergarten

(Denksport, Seite 17)

Die Schlüsselwörter lauten (1) Sonne, (2) Oase, (3) Visionen und (4) Dose. Das Eintrittswort lautet entsprechend den Anfangsbuchstaben S-O-V-D.

Die Schweizer Dokumentation „Immer noch Frau“ kommt am 26. November in die deutschen Kinos

Einsamkeit im Alter vielfältig dargestellt

Fünf Protagonistinnen – ein Schicksal: verlassen, verwitwet, geschieden oder einfach aus Prinzip Einzelgängerin. Sie versuchen ihrem „Lebensherbst“ zu entfliehen und einen Partner fürs Leben zu finden. Die Regisseurinnen Stéphanie Chuat und Véronique Reymond begleiten sie bei ihrer Suche und fangen charmant und authentisch die Tücken des „Datings“ jenseits der 60 Jahre ein.

Wo sind bloß die Männer abgeblieben? Mit dieser Frage beschäftigt sich Marion Jeanmonod schon länger. Die verwitwete Leiterin einer Tanz- und Theatergruppe treibt diese Frage um, weil es sie nicht nur nervt, dass alleinstehende, rüstige Männer älter aussehen als sie sind und dann noch jüngere Frauen bei der Partnersuche bevorzugen, sondern auch, weil Männer Mangelware in ihrer Theatergruppe sind. So schlüpft sie kurzerhand selbst in die Männerrollen und begeistert damit ihr Publikum.

Mit Männern auf der Schweinejagd

Carmen Python war glücklich verheiratet, hat den familiären Haushalt geführt und die Kinder großgezogen. Aus dem Nichts hat ihr Mann sie dann für eine andere Frau verlassen. Sie leidet unter der Einsamkeit, nimmt 15 Kilo ab und kämpft mit ihren Phobien. Beim abendlichen Ausgehen in der Stadt sieht sie glücklich aus, sie tanzt auch gerne, aber wenn sie einsam daheim die Wand anstarrt, wird sie verrückt. „Darum koche ich auch nicht mehr“, meint sie.

Odile Curchod geht gerne wandern und umarmt im Wald Bäume. „Ich schaue, ob es ihnen auch gut geht“, erklärt die begeisterte

Sportschützin, die von sich behauptet, vor langer Zeit das große Liebeslos gezogen zu haben, nur um dann zu erkennen, dass es doch eine „Niete“ war. „Mit dem Alter lernt man mit der Enttäuschung umzugehen“, sagt sie und geht mit Männern auf die Wildschweinjagd oder genießt das Dolcefarniente mit ihrem Papagei.

Die Journalistin Noëlle Clerc sitzt mit einem Bekannten an ihrem Küchentisch und brütet über ihrem Profil auf einer Dating-Webseite. „Hast du Angst, verlassen zu werden?“, fragt er ganz ehrlich. „Ja klar“, entgegnet sie, worauf er unterstützend und respektvoll erwidert: „Wenn ihr euch das erste Mal trifft, musst du dir selbst sagen: Selbst wenn wir uns trennen sollten, ist unsere Begegnung wertvoll, denn es ist eine gute Erfahrung.“ Pierre Grivels Musikschüler*innen nen-

nen sie liebevoll die „Flötenoma“. Auch wenn die verwitwete Pastorenfrau sich fürsorglich um ihre Schützlinge sorgt, wünscht sie sich selbst Enkelkinder. Musik ist ihre Zuflucht vor dem Nichts. In ihrem Schlafzimmer diskutiert sie mit einem leeren Bett, in dem ihr verstorbener Mann geschlafen hat. Sie kocht stets für zwei, um bei Tisch nicht ganz alleine zu sitzen und hat nicht die Courage, das Büro ihres Ehemannes auszumisten.

Starke Frauen überwinden ihre inneren Zweifel

Stéphanie Chuat und Véronique Reymond, die in ihrer Dokumentation „Immer noch Frau“ diese fünf unterschiedlichen Französinen zwischen 60 und 70 Jahren vorstellen und ganz ohne Voice-Over-Erzähler*in auskommen, gelingt es, das Thema Einsamkeit



Fotos: Véronique Reymond

Noëlle Clerc war lange Jahre Journalistin und fühlt sich wie unsichtbar. Mit über 60 Jahren versucht sie, eine neue Liebe zu finden.

im Alter menschlich, vielschichtig und aus verschiedenen Perspektiven differenziert zu erzählen. Auch wenn man sich anfangs an die filmische Erzählweise der Perspektivwechsel gewöhnen muss, ist gerade dieses Stilmittel der sich aufbauenden Szenen ein interessanter Spannungsbogen, der außerdem am Ende aufzeigt, wie

die starken Frauen ihre inneren Zweifel und Ängste überwinden. Freund*innen des Programmkinos kommen auch mit französischem Originalton und deutschen Untertiteln voll auf ihre Kosten. In den meisten deutschen Kinos wird der Film, der am 26. November startet, mit deutscher Synchronisation gezeigt. *Christian Müller*



Carmen Python



Pierre Grivel



Marion Jeanmonod



Odile Curchod

Matt Damon engagiert sich für sauberes Trinkwasser

Der Retter Elysiums

Matt Damon studierte in Harvard Englisch und feierte sein Filmdebüt im Jahr 1988 neben Julia Roberts in „Pizza, Pizza“. Der Oscarpreisträger wird am 8. Oktober 50 Jahre alt.

Im Filmgeschäft hat Matt Damon stets das richtige Gespür für ein gutes Drehbuch. Nicht umsonst hat er für den Film „Good Will Hunting“, für den er zusammen mit Ben Affleck im Jahr 1998 den Oscar für das beste Drehbuch gewann, selbst zur Feder gegriffen. Die Grundlage zum Film hat er sich bereits an der Harvard Universität im Studium erarbeitet. Für die gute Sache trat er bisher nicht nur im gesellschaftskritischen Science-Fiction-Film „Elysium“ ein, im dem die Kluft zwischen Arm und Reich die Sphäre des Weltalls erreichte und Damon in der Figur des Roboterproduktionsarbeiters Max Da Costa allen Erdenbürgern zur kostenlosen medizinischen Versorgung verhalf. Auch abseits des roten Teppichs engagiert sich Damon als Mitbegründer der Non-Profit-Organisation „water.org“, die sich weltweit für Menschen einsetzt, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.



Foto: Photoshot/picture alliance

Matt Damon bei der Premiere von „Ford vs. Ferrari“.

Michael Collins war Pilot der Kommandokapsel der Apollo-11-Mission zum Mond

Alleine in der Weite des Alls

Jeder Mensch kennt Niel Armstrong, den ersten Menschen, der seinen Fußabdruck auf der Mondoberfläche verewigte. Doch nur wenige kennen den Mann, der bei Apollo 11 alleine in der Kommandokapsel „Columbia“ um den Mond kreiste. Am 31. Oktober wird Astronaut Michael Collins 90 Jahre alt.

Michael Collins war der erste Mensch, der die Stille des Weltalls und die Unendlichkeit des Sternenmeeres wie kein Zweiter erleben konnte. Der Weltraumpionier öffnete bei der Gemini-10-Mission im Jahr 1966 die Luke seiner Raumkapsel und ließ sich in seinem Raumanzug zu einem erdnahen Satelliten schweben, um dort eine Versuchsplatte abzumontieren, die er wieder zurück zum Raumschiff brachte. Bei derselben NASA-Mission fotografierte er bei einem zweiten Außenbordeinsatz die Erde und die Sterne. Er war der erste Mensch, dem dieses abenteuerliche Glanzstück gelang.

Dabei gehörte der spätere Apollo-11-Pilot nicht zur ersten Garde der NASA-Astronauten. Obwohl der US-Air-Force-Offi-



Foto: NASA

Michael Collins war NASA-Spezialist für Raumanzüge.

zier sich für die zweite Astronautengruppe der amerikanischen Raumfahrtbehörde bewarb, gelang es ihm erst beim nächsten Anlauf, ins Programm aufgenommen zu werden. Im Jahr

1965 übernahm Collins sein Spezialgebiet „Raumanzüge und Weltraumaußentätigkeiten“ und überwachte die Anfertigung der weißen Maßanzüge für die NASA.

Einen persönlichen Rückschlag erlitt Collins, als bei ihm Bandscheibenprobleme im Halswirbelbereich nachgewiesen wurden. Zu diesem Zeitraum war er bereits für Apollo 8 vorgesehen gewesen, musste aber nun pausieren. Collins, der dann als Pilot für Apollo 11 ausgewählt wurde, entwarf auch das Missionsabzeichen.

Nach der erfolgreichen Mondlandung verließ er im Januar 1970 die NASA und wurde unter anderem erster Direktor des National Air and Space Museums der Smithsonian Institution in der US-amerikanischen Hauptstadt.